

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern

Ergebnisbericht der landesweiten Online-Befragung
über die Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen,
trans*, inter* und queeren Menschen (LSBTI*) und deren
Angehörigen in Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, im April 2020



Ministerium für Soziales,
Integration und Gleichstellung



Inhalt

1. Einleitung: Zielsetzung der Befragung	3
2. Methodik und Stichprobe	4
3. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, Coming-Out	7
4. Zufriedenheit, subjektive Sicherheit und Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen	9
5. Erfahrungen von LSBTI* in verschiedenen Lebensbereichen	13
5.1 Erfahrungen von LSBTI* in Schule, Berufs-/Fachschule und Hochschule.	14
5.2 Erfahrungen von LSBTI* in der Ausbildungs- und Arbeitswelt	17
5.3 Erfahrungen von LSBTI* in der Familie.	19
5.4 Erfahrungen von LSBTI* im Gesundheitswesen, der Pflege und Wünsche für das Alter	20
5.5 Erfahrungen von LSBTI* in Freizeit, Kultur, Sport und Religion.	23
5.6 Erfahrungen von LSBTI* im Polizei- und Justizwesen	25
6. Erfahrungen von Familien mit LSBTI*-Angehörigen in Mecklenburg-Vorpommern	27
7. Einstellungen der Allgemeinbevölkerung zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern	30
8. Evaluierung des Landesaktionsplans für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern	32
8.1 Sicht der Befragten auf den Landesaktionsplan	33
8.2 Verbesserungswünsche aus Sicht der Befragten	36
9. Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse	37
Literaturverzeichnis	41

Herausgeber

Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern
Referat IX 230 – Familienpolitik
Werderstraße 124
19055 Schwerin

Autorin & wissenschaftliche Durchführung



Dr. Christina Rauh
Neuenkamp 69
51381 Leverkusen

Stand

Schwerin, im April 2020

www.sozial-mv.de

1. Einleitung: Zielsetzung der Befragung

Wozu braucht es die vorliegende Studie? Die im Herbst 2019 durchgeführte Online-Befragung „Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in MV“ hatte zum Ziel, neben der in den letzten Jahren auch bundesweit erfolgten rechtlichen Gleichstellung die tatsächliche Lebenswelt und die Erfahrungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen (LSBTI*) in Mecklenburg-Vorpommern zu untersuchen. Denn bisher lagen in Mecklenburg-Vorpommern noch keine landesweit verlässlichen Informationen zur Lebenssituation von LSBTI* und deren Angehörigen vor.

Erfahren sie Nachteile im Alltag, in der Arbeitswelt, in der Schule – oder fühlen sie sich weithin akzeptiert? Und was wünschen sie sich für Maßnahmen von der Landesregierung? Dies sind die Leitfragen der vorliegenden Untersuchung. Die Antworten sind auf folgende Kapitel aufgliedert:

Kapitel zwei beschreibt zunächst die Methodik der Studie sowie den Rücklauf der Stichprobe, damit die Ergebnisse auf ihre Aussagekraft hin eingeordnet werden können. Kapitel drei schildert die Vielfalt der berichteten sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten der befragten LSBTI* sowie ihr Erleben rund um das Coming-Out. Kapitel vier zeigt auf, wie das subjektive Zufriedenheits- und Sicherheitsgefühl der befragten LSBTI* und die Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen allgemein sind. In Kapitel fünf, einem zentralen Kapitel dieses Berichts, wird aufgeschlüsselt, in welchen Lebensbereichen LSBTI* in Mecklenburg-Vorpommern positive oder negative Erfahrungen machen.

Kapitel sechs widmet sich der Perspektive der Familienangehörigen von LSBTI*. Wie erleben Sie das Coming-Out, aber auch Reaktionen aus dem sozialen Umfeld auf die Identität ihres Familienmitglieds? Und welche Informationsbedarfe haben sie? Kapitel sieben wiederum präsentiert die Einstellun-

gen derer, die weder sich selbst, noch eines ihrer Familienmitglieder zur Gruppe der LSBTI* zählen, mithin zur sogenannten Mehrheitsgesellschaft gehören.

In Kapitel acht wird die Bekanntheit des „Landesaktionsplans für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ sowie einiger seiner Maßnahmen und Ziele berichtet. Denn: Die Ergebnisse der Online-Befragung fließen als wichtiger empirischer Baustein ein in die für 2020 geplante Bilanz der Landesregierung des im Jahr 2015 verabschiedeten Landesaktionsplan. Im abschließenden Kapitel neun werden die wichtigsten Ergebnisse und Schlussfolgerungen dieses Berichts zusammengefasst.

Dieser Bericht basiert auf den Antworten von rund 1.200 Menschen¹ in Mecklenburg-Vorpommern, die während des Erhebungszeitraums vom 11.09. bis 13.10.2019 an der landesweiten Online-Befragung teilgenommen haben. Darunter sind 476 LSBTI*, 123 Angehörige (selbst nicht schwul, lesbisch, bisexuell, trans*, inter* oder queer, aber ein oder mehrere enge Familienmitglieder) sowie 465 Bürgerinnen und Bürger, die keine familiären Berührungspunkte zu LSBTI* haben („Allgemeinbevölkerung“). Da es sich um eine selbstrekutierende Online-Befragung handelt, basieren die Ergebnisse nicht auf einer Zufallsziehung an Befragten. Sie sind damit nicht repräsentativ, weder für die Gesamtbevölkerung, noch für die Gruppe der LSBTI*. Mit ihrer breiten Basis bilden sie die Erfahrungen dieser Gruppe dennoch gut ab und stellen das bislang umfangreichste Datenmaterial für das Land Mecklenburg-Vorpommern dar.

Das folgende Kapitel gibt zunächst nähere Auskunft zu den Merkmalen der Befragten.

¹ Durch Abbrüche im Fragebogenverlauf und das Überspringen mancher Fragen weichen die Teilnehmendenzahlen von Frage zu Frage ab. Sie werden in diesem Bericht stets durch die Angabe „N=“ transparent gemacht.

2. Methodik und Stichprobe

Bei der vorliegenden Befragung handelt es sich um eine Online-Befragung, die vom 11. September bis zum 13. Oktober 2019 landesweit zu beantworten war. Sie wurde bewusst online durchgeführt, da diese Variante gegenüber anderen Erhebungsverfahren eine einfache Weiterleitung des Befragungsauftrags sowie eine absolut anonyme Teilnahme im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern ermöglicht. Schließlich liegt kein staatliches Verzeichnis der sexuellen Orientierungen vor, das eine Stichprobenziehung ermöglichen würde. So sind Befragungen zu diesem Thema stets auf sogenannte selbstrekrutierende Stichproben angewiesen: Die Befragung wird im Schneeballprinzip an einige zentrale organisierte Akteure wie LSBTI*-Organisationen geschickt; diese wiederum geben sie an ihre Verteiler und Medien weiter.

Um eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen, wurden auch Multiplikator*innen bzw. Interessenvertretende klassischer zivilgesellschaftlicher

Vereine, Verbände, Institutionen und nachgeordneter Einrichtungen des Landes über die Landesregierung auf die Befragung aufmerksam gemacht und gebeten, ihren Mitgliedern und Angestellten den Befragungs-Link zur Verfügung zu stellen. Link und QR-Code für den Fragebogen konnten zudem auf www.sozial-mv.de heruntergeladen werden.

Die folgende Abbildung zeigt die Rekrutierungswege der Teilnehmenden zusammengefasst auf. Die meisten Befragten (23 %) sind über soziale Medien auf die Befragung aufmerksam geworden. Weitere 18 % sind über die Website des Sozialministeriums oder eine Seite der Landesregierung auf die Befragungsseite gelangt. Es folgen persönliche Hinweise von Bekannten innerhalb (17 %) und außerhalb (16 %) der LSBTI*-Community. Mailings wie Newsletter der LSBTI*-Community (5 %) oder anderer Organisationen (12 %) und Emailverteiler der Hochschulen (5 %) im Land haben weitere Teile der Befragten auf die Studie aufmerksam gemacht. Über Berichterstattung in der klassischen Presse hingegen sind kaum (4 %) Befragte aufmerksam ge-

Die meisten Befragten wurden über social media erreicht



Abbildung 1: Rekrutierungswege der Teilnehmenden; Fragewortlaut: „Wie wurden Sie auf diese Befragung aufmerksam?“ N = 715.

Grundlegende Legende: Unterhalb jeder Abbildung und Tabelle werden der Fragewortlaut und ggf. die Antwortoptionen der abgebildeten Ergebnisse aufgeführt. Die Abkürzung „N =“ steht für die Anzahl der Befragten, die auf die jeweilige Frage geantwortet haben. Dies kann von Frage zu Frage sowie im Verlauf des Fragebogens u.a. durch Abbruch oder aufgrund von Filterfragen, die nur einem Teil der Befragten sinnvoll gestellt werden können, variieren.



worden. Diese Ergebnisse unterstreichen noch einmal den selbstrekrutierenden Charakter der Studie. So sind im Ergebnis über ein Drittel (35 %) der befragten LSBTI* in LSBTI*-Vereinsstrukturen organisiert, 65 % engagieren sich nicht für LSBTI*-Belange. Dieser Anteil Organisierter dürfte überproportional hoch zum LSBTI*-Durchschnitt in Mecklenburg-Vorpommern sein und ist auf die Rekrutierungswege zurückzuführen. Für die Ergebnisinterpretation ist daher davon auszugehen, dass die Kenntnis politischer Maßnahmen ebenfalls leicht überrepräsentiert sein wird.

Da es sich um eine selbstrekrutierende Stichprobe handelt, können die Ergebnisse der Studie nicht repräsentativ für alle LSBTI* in Mecklenburg-Vorpommern sein. Dazu bedürfte es einer repräsentativen Zufallsziehung, die mangels eines staatlichen Verzeichnisses nicht möglich ist. Die vorliegenden Ergebnisse sind aufgrund der erzielten Fallzahlen und der Vergleichbarkeit mit sehr ähnlichen Befragungen in anderen Bundesländern – konkret: Schleswig-Holstein 2019, Brandenburg 2018, Baden-Württemberg 2014 und Rheinland-Pfalz 2013 (siehe Literaturverzeichnis) – dennoch aussagekräftig und die bislang breiteste Datengrundlage für die Zielgruppe der LSBTI* in Mecklenburg-Vorpommern. Abweichungen zentraler soziodemografischer Merkmale werden nachstehend berichtet.

Insgesamt wurden auf diese Weise 1235 Fragebögen beantwortet, davon 891 vollständig und 344 teilweise. Sie verteilen sich auf 476 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter*; auf 123 Angehörige, die selbst nicht schwul, lesbisch, bisexuell, trans* oder inter* sind, aber ein oder mehrere enge lsbti*-Familienmitglieder haben; sowie 465 Bürgerinnen und Bürger, die keine familiären Berührungspunkte zu LSBTI* haben („Mehrheitsgesellschaft“).

Mit im Durchschnitt 33 Jahren sind die befragten Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* deutlich jünger als der Bevölkerungsdurchschnitt in Mecklenburg-Vorpommern. So sind nur 16 % der befragten LSBTI* älter als 50 Jahre. Dagegen ist ein Drittel der Befragten der Mehrheitsgesellschaft über 50 Jahre alt, unter den Angehörigen mit lsbti*-Familienmitgliedern sind es ein gutes Viertel (26 %).

Das junge Durchschnittsalter der befragten LSBTI* spiegelt sich auch in der Frage nach dem derzeitigen Erwerbsstatus wider. So geben 18 % der befragten LSBTI* an, aktuell zu studieren, eine Ausbildung zu machen oder zur Schule zu gehen. Unter den befragten Angehörigen sind dies 5 %, in der befragten Mehrheitsgesellschaft 3 %. In allen anderen Kategorien (Angestellte, Selbstständige, Ruheständler, Erwerbslose) unterscheiden sich die drei Befragtengruppen statistisch kaum, mit Ausnahme des Beam-

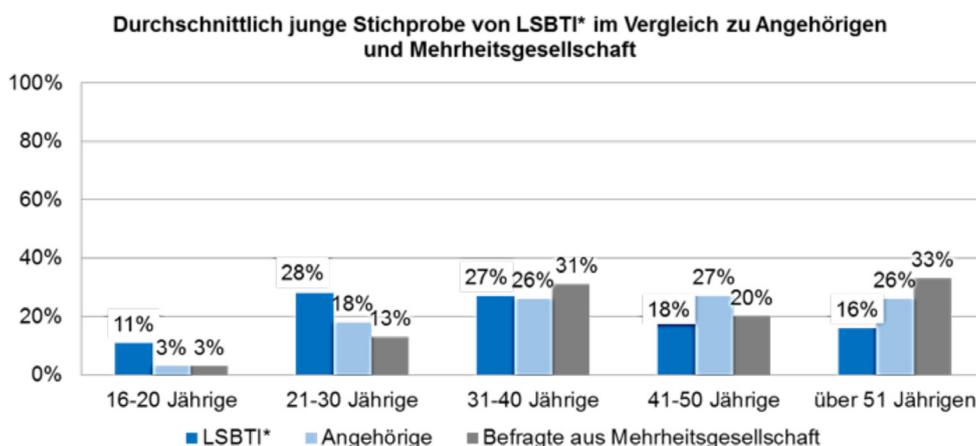


Abbildung 2: Altersverteilung der Befragten; Fragewortlaut: „Wie alt sind Sie?“ N = 1058



tenstatus (11 % der LSBTI*, 20 % der Angehörigen, 28 % der Mehrheitsgesellschaft).

Der Anteil der Befragten, die (bereits) über einen Hochschulabschluss verfügen, liegt mit 40 % der befragten LSBTI* entsprechend niedriger als unter den befragten Angehörigen (47 %) und Befragten der Mehrheitsgesellschaft (57 %). Insgesamt scheinen überdurchschnittlich hoch gebildete Befragte aus der Mehrheitsgesellschaft an der Online-Studie teilgenommen zu haben.

Alter und Studierendenstatus schlagen sich auch auf die Einkommensverteilung der Befragten nieder: Der Anteil derjenigen, die unter 900 € monatliches Nettoeinkommen zur Verfügung haben, ist mit 21 % unter den befragten LSBTI* deutlich höher als unter den befragten Angehörigen (2 %) und den Befragten der Mehrheitsgesellschaft (4 %).

Größere Unterschiede zeigen sich auch in der Wohnortgröße der drei Befragtengruppen. So geben 65 % der befragten LSBTI* an, in einer Großstadt über 50.000 Einwohner*innen zu leben – dies tun nur 44 % der befragten Angehörigen und 48 % der befragten Mehrheitsgesellschaft. Dies wird zu einem Teil auch auf den Studierendenanteil unter den LSBTI* zurückzuführen zu sein, da Hochschulstandorte in der Regel über größere Einwohnerzahlen verfügen als Wohnorte von Nicht-Stud-

ierenden. Entsprechend lebt nur ein Fünftel der befragten LSBTI* in Mittel- bis Kleinstädten in Dörfern unter 5.000 Einwohner*innen.

Der Migrationsanteil unterscheidet sich kaum zwischen den drei Befragtengruppen und liegt zwischen drei und fünf Prozent. Aufgrund der niedrigen absoluten Fallzahlen können im weiteren Verlauf des Berichts über die Migrationsvariable keine Aussagen gemacht werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Antworten der Befragten nicht repräsentativ für ihre jeweilige Gruppe sein können. Deutliche Abweichungen zum Durchschnitt sind insbesondere unter den befragten LSBTI* hinsichtlich des Alters – junge Meinungen sind überrepräsentiert – und des Wohnorts – großstädtische Meinungen sind überrepräsentiert – zu erkennen. Auswirkungen auf die generelle Aussagekraft vieler Ergebnisse, beispielsweise der Diskriminierungserfahrung oder der Lebenszufriedenheit, sind nur in geringem Maße zu erwarten. Anders sieht es bei der Bekanntheit der Maßnahmen in Kapitel acht aus – hier dürfte der überdurchschnittlich häufig genannte Beamtenstatus der Befragten aus der Mehrheitsgesellschaft zu einer größeren Maßnahmenbekanntheit führen, als im eher unpolitischen Bevölkerungsdurchschnitt zu erwarten.

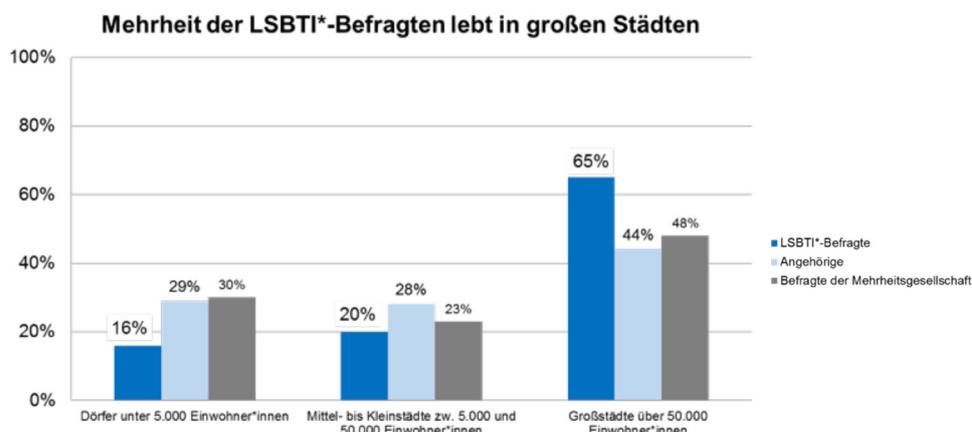


Abbildung 3: Wohnortgrößen der Befragten; Fragewortlaut: „In welchem Ortstyp wohnen Sie zur Zeit?“ N = 1064

3. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, Coming-Out

In diesem Kapitel werden die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und das Erleben des Coming-Outs aus Sicht der befragten Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* dargestellt. Damit soll auch eine Antwort darauf gegeben werden, was sexuelle Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern heißt und wie sich diese von geschlechtlichen Identitäten abgrenzen. Schließlich soll der Frage nachgegangen werden, ob ein Outing im Jahr 2019 noch eine große Hürde darstellt oder nicht.

Die befragten LSBTI* haben im Ergebnis eine ganze Reihe von Begriffen für das Erleben ihrer eigenen sexuellen Orientierungen genannt. Die häufigsten Nennungen sind in der Abbildung dargestellt. So bezeichnen sich 43 % der befragten LSBTI* als schwul, rund ein Viertel als lesbisch. Bisexuelle sind mit 14 % ebenfalls zahlreich in der Stichprobe vertreten, darunter leicht häufiger Frauen. Etwas häufiger wird die Bezeichnung pansexuell oder queer von Befragten gewählt. Gemeint ist damit eine geschlechtsübergreifende bzw. geschlechtsunabhängige sexuelle Orientierung. In diese Kategorie fallen 19 % der befragten LSBTI*. Sie schließt auch solche Befragte ein, die für sich keine Festlegung wünschen. Aus Gründen der statistischen Auswertbarkeit werden alle unter „sonstigen“ genannt-

en sexuellen Orientierungen im Laufe des Berichts nicht weiter ausgewertet werden können. Zu ihnen zählen einige wenige Nennungen als asexuell sowie als panromantisch.

Was die geschlechtliche Identität der Befragten angeht, geben 27 Menschen bzw. 6 % der befragten LSBTI* an, transsexuell zu sein; als Transgender bezeichnen sich 41 Befragte (knapp 9 % der LSBTI*-Befragten, teilweise Mehrfachnennung zu transsexuell). Außerdem haben acht Intersexuelle (knapp 2 %) an der Befragung teilgenommen. Als weitere geschlechtliche Identitäten wurden genannt: nicht binär / non-binary, genderfluide, agender, queer, „individuell“, „Mensch“, „ich bin ich“. Die offenen Angaben zeigen damit, dass die geschlechtlichen Selbstbezeichnungen jenseits von „Mann“ und „Frau“ vielfältig und sehr individuell sind.

Aus Gründen der statistischen Auswertbarkeit müssen dennoch alle nicht-cisgeschlechtlichen Befragten für die weitere Analyse zur Gruppe „Trans* und Inter*“ zusammengefasst werden, auch wenn sie teilweise sehr unterschiedliche Lebenswelten haben. Die Zellgrößen für die einzelnen Analysen würden andernfalls das statistische Minimum unterschreiten, so dass keine Aussagen möglich wären. Zusammengenommen bilden damit 62 (13 %) Personen die Gruppe „Trans* und Inter*“.

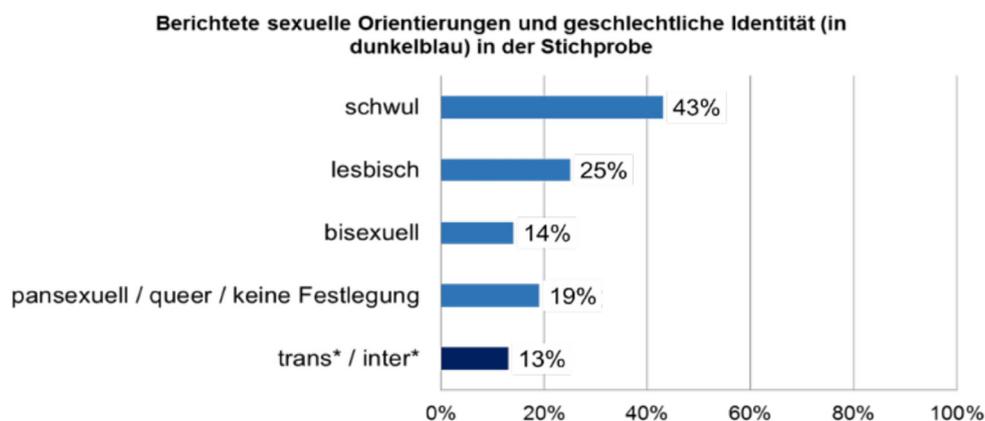


Abbildung 4: Berichtete sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten; Fragewortlaut: „Wie bezeichnen Sie Ihre sexuelle Orientierung?“ sowie „Gehören Sie einer der Personengruppen transsexueller, transgender oder intersexueller Menschen an?“ Mehrfachnennung möglich, da sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität zwei verschiedene Merkmale sind. N = 476

Für den weiteren Verlauf dieses Berichts ist es wichtig, die sexuelle Orientierung eines Menschen (zu welchem Geschlecht fühlt man sich sexuell hingezogen (beispielsweise Mann zu Frau = heterosexuell; Mann zu Mann = schwul), von der geschlechtlichen Identität (als zu welchem Geschlecht fühlt man sich selbst zugehörig? beispielsweise weiblich, männlich, divers, trans*, inter*) zu unterscheiden. Im Grunde haben diese beiden Kategorien wenig miteinander zu tun, werden historisch bedingt aber politisch und gesellschaftlich vielfach in einem Kontext behandelt.

Da es sich um zwei unterschiedliche Kategorien handelt, verfügt jede Person sowohl über eine sexuelle Orientierung, als auch über eine geschlechtliche Identität. Wenn im Folgenden von Trans*-Befragten die Rede ist, heißt dies nicht, dass diese nicht auch schwul, lesbisch, bisexuell, pansexuell / queer oder aber heterosexuell sein können. Sie werden in der Auswertung nur primär als Trans* und Inter* behandelt.

Denn: Studien anderer Bundesländer² wie auch die biografische Forschung der Studie Lola für Lulu in

Mecklenburg-Vorpommern³ zeigen, dass die Herausforderungen für Personen, die sich nicht ihrem Geburts-geschlecht zugehörig fühlen oder die eine Einordnung in binäre Geschlechterkategorien von männlich und weiblich für sich ablehnen, wie Trans*, oder aber biologisch weder dem männlichen, noch dem weiblichen Geschlecht zuzuordnen sind, wie Intersexuelle, in der Regel weitaus stärker ausfallen und anders gelagert sind, als Herausforderungen, die mit der sexuellen Orientierung zu tun haben. Daher wird im Laufe des Berichts ein Fokus auch auf Antwortunterschieden zwischen Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Pansexuellen / Queeren gegenüber Trans* / Inter* liegen.

Dass das Bewusstwerden und Erleben der eigenen sexuellen Orientierung gegenüber der eigenen geschlechtlichen Identität nicht dasselbe ist, zeigt zunächst folgendes Ergebnis: Gefragt nach dem Alter, in dem ihnen selbst ihre eigene geschlechtliche Identität oder eigene sexuelle Orientierung bewusst geworden sei (sogenanntes „Inneres Coming-Out“), zeigen die Antworten der befragten Trans* und Inter* mit dreizehneinhalb Jahren ein deutlich jüngeres Durchschnittsalter als die befragten Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Pansexuellen / Queeren mit 16 Jahren. Fast der Hälfte (46 %) der befragten

² Vgl. u.a. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2018): S. 12.

³ Vgl. Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e. V. (2016): S. 33.

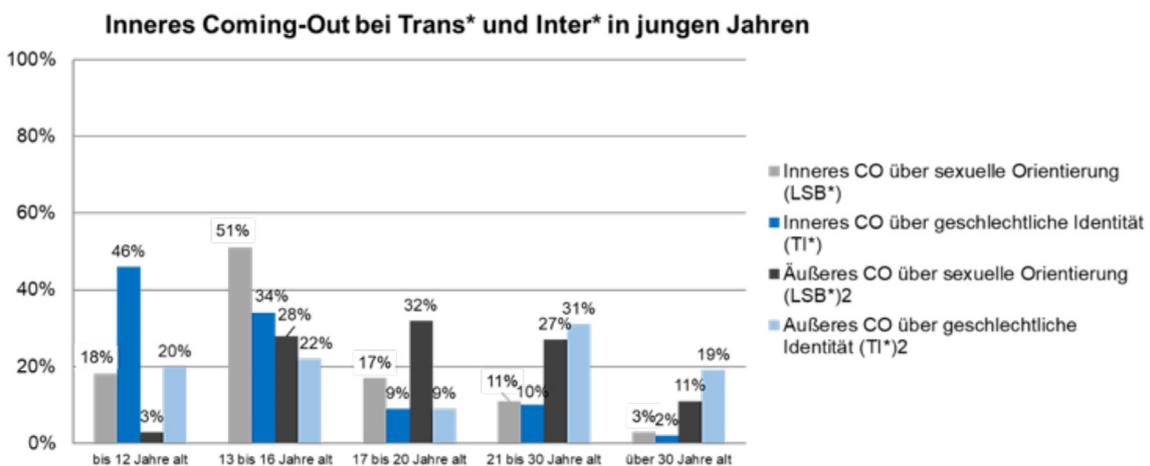


Abbildung 5: Vergleich des inneren und äußeren Coming-Out-Alters unter LSBTI*; Fragewortlaut: „Wie alt waren Sie, als Sie zum ersten Mal mit Ihren Mitmenschen über Ihre sexuelle Orientierung bzw. Ihre geschlechtliche Identität gesprochen haben?“ Sowie: „Und wie alt waren Sie, als Sie zum ersten Mal bemerkt haben, dass Sie lesbisch / schwul / bisexuell / trans* / inter* / queer sind?“ N = 427 - 431



Trans* und Inter* wird ihre geschlechtliche Identität bis zum 12. Lebensjahr bewusst. Weiteren 34 % wird sie bis zum 16. Lebensjahr klar. Damit unterscheiden sie sich vor allem in den ersten 12 Lebensjahren deutlich von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Pansexuellen / Queeren – nur 18 % von ihnen ist vor der Pubertät klar, welches Geschlecht sie begehren.

Bis zum äußeren Coming-Out vergehen nach dem inneren Bewusstwerden noch durchschnittlich 10 Jahre, bevor sich die befragten Trans* und Inter* anderen Menschen in ihrem Umfeld anvertrauen konnten. Die Spanne zwischen innerem und äußerem Coming-Out beträgt auch unter Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Pansexuellen / Queeren gut 11 Jahre. Für beide Gruppen braucht es anscheinend viel Zeit, bevor sie ihr inneres Gefühl nach außen tragen und sich öffnen können. Jede*r fünfte (19 %) der befragten Trans* und Inter* outet sich mit über 30 Jahren noch – diese ältere Gruppe gilt es nicht zu übersehen.

Trotz der langen Spanne zwischen innerem und äußerem Coming-Out sagt eine große Mehrheit der befragten LSBTI*, dass sie gegenüber ihren Mitmenschen offen leben. Fast drei Viertel (72 %) leben vollkommen offen, während jede*r Fünfte zumindest im engen Vertrautenkreis über die eigene sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität sprechen kann. Für einen anderen Teil der Befragten ist der Coming-Out-Prozess eine zu große Hürde: Insgesamt 7,5 % leben ungeoutet.

Gefragt nach den Gründen, nicht vollkommen offen zu leben, sagen 47 % der nicht oder nur teilweise Geouteten, dass ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität ihre Privatsache sei. Diese Haltung kommt auch in vielen offenen Antworten (siehe unten) zur Geltung. Für gut die Hälfte dieser Befragten allerdings gibt es auch handfeste negative Gründe gegen ein Outing: 32 % befürchten dadurch negative Reaktionen ihnen selbst gegenüber (bspw. den Verlust ihres Arbeitsplatzes), 21 % negative Reaktionen ihren Angehörigen gegenüber.

„Ich denke nicht, dass ich das überall herumposaunen muss. Allerdings verberge ich auch nichts. Was sich ergibt, ergibt sich, auch in Gesprächen.“

„Ich habe viel Unverständnis und Diskriminierung erlebt, deshalb überlege ich inzwischen gut, vor wem ich mich oute.“

„Angst vor Ablehnung, Diskriminierung am Arbeitsplatz bzw. Mobbing von Kollegen, Angst vor Übergriffen“

„Ich befürchte eh das Unverständnis als eine negative Reaktion, und habe keine Lust meine Pansexualität erklären zu müssen, weil die meisten kaum was darüber wissen und oft seltsame Klischees pflegen.“

„Ich fürchte mich vor Stigmatisierung und davor, alles erklären zu müssen. In Schubladen passen zu müssen, die auf mich nicht zutreffen“

4. Zufriedenheit, subjektive Sicherheit und Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen

Die Online-Befragung soll Auskunft darüber geben, wie gut, sicher, und akzeptiert sich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Pansexuelle / Queere, Trans* und Inter* in Mecklenburg-Vorpommern fühlen. Die Ergebnisse auf diese Fragen fallen insgesamt durchaus durchmischt aus.

So ist die allgemeine Zufriedenheit unter den befragten LSBTI* mit ihrem Leben in Mecklenburg-Vorpommern recht hoch. Knapp die Hälfte (49 %) lebt hier zufrieden, weitere 14 % sind sogar sehr zufrieden. Nennenswerte Unterschiede von mehr als zehn Prozentpunkten sind weder zwischen Befragten in ländlichen versus städtischen Gegenden zu verzeichnen, noch zwischen unterschiedlichen Altersgruppen (mit einer Ausnahme: Die 16 bis 20 jährigen Befragten sind am zufriedensten).



Unter den 28 % Unzufriedenen und 9 % sehr Unzufriedenen sind vergleichsweise viele Trans* und Inter*: 19 % der TI* sind sehr unzufrieden, weitere 43 % eher unzufrieden – ein deutlicher Unterschied zu LSB*. Die offenen Antworten vieler Befragter lassen dafür einige Gründe erahnen. Häufiger genannt werden die mangelnde Beratungslandschaft für Trans* und Inter*, was sowohl Selbsthilfe und Vertretung innerhalb der LSBTI*-Community, als auch was medizinische Fachstellen in Großstädten wie auf dem Land angeht; mangelnde Aufklärung in den Kindergärten und Schulen, auch durch mangelnde Schulung des pädagogischen Personals; geringe Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit, bspw. im Landesfernsehen; wie auch das bundesweit vielkritisiertere Transsexuellengesetz. Einige prototypische Beispiele für solche Aussagen wie auch von Zufriedenheitsbegründungen durch LSB* sind in der folgenden Übersicht dargestellt.

„Ich bin zufrieden, weil ich jeden Tag feststelle, dass die Menschen in MV überwiegend offen und tolerant gegenüber Homosexuellen sind. Dadurch ist es für mich möglich, diskriminierungsfrei zu leben. Die Öffnung der Ehe für Homosexuelle hat dazu im Wesentlichen beigetragen, wie ich finde...“

„Ich schwanke zwischen eher unzufrieden und eher zufrieden. Man wird leider immer noch als etwas neues oder ungewohntes behandelt. Von Blicken und Kommentaren wenn man in der Öffentlichkeit mal Händchen hält, über Abwertungen meiner Ehe, die von einigen immer noch nicht als „richtige“ Ehe anerkannt wird bis hin zu Bekannten/Freunden, die einen vorführen um zu zeigen wie tolerant sie sind. Man fühlt sich auf seine Sexualität reduziert. Mein persönlicher Wunsch hier ist es hier nicht als gleichgeschlechtliches Paar sondern einfach als Paar wahrgenommen zu werden. Es gibt allerdings auch sehr positive Erfahrungen sei es die 86 jährige Nachbarin, die eine Glückwunschkarte zur Hochzeit übergibt oder Kollegen, die bei einem selbst gewählten Outing neutral oder positiv reagieren.“

„Offensichtliche Diskriminierung, z.B. in Behörden (Formulare, Ansprachen, Willkür) machen mich jedoch immer noch sehr unzufrieden und zum Teil auch traurig, da ich hier merke, dass halt immer noch nicht alles ganz normal ist.“

„Im Alltag habe ich mich mit der Situation arrangiert. Jedoch fehlt „queere Infrastruktur“

Eine deutliche Mehrheit der befragten LSBTI* ist zufrieden in MV

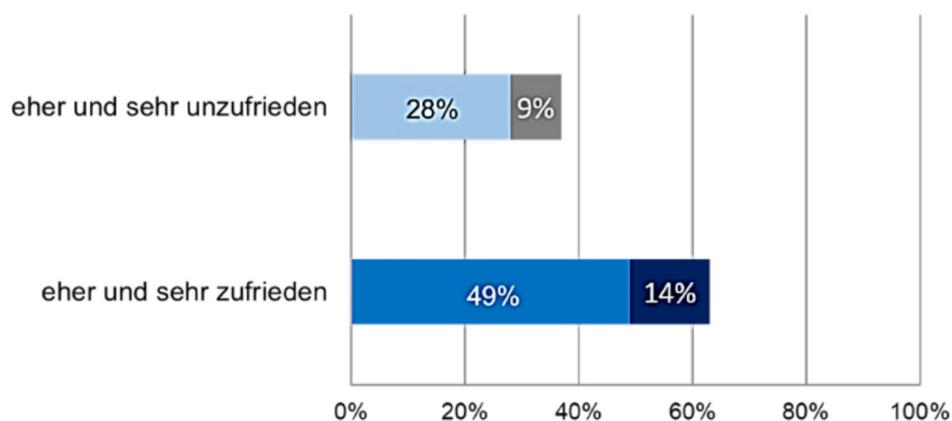


Abbildung 6: allgemeine Zufriedenheit befragter LSBTI* in Mecklenburg-Vorpommern; Fragewortlaut: „Einmal ganz allgemein gefragt: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit Ihrer Lebenssituation als Lesbe / Schwuler / Bisexuelle*r / Trans* / Inter* aktuell in Mecklenburg-Vorpommern?“ N = 449.

tur“: - medizinische Versorgung (insbesondere zum Thema HIV und trans) - kulturelle Angebote - Begegnungsorte - geschützte Räume - queere Sportvereine. Außerdem ist das Leben in MV stark heteronormativ geprägt. Queere Lebensweisen tauchen z. B. medial kaum auf.“*

*„Ich bin nicht in MV, sondern einer Großstadt aufgewachsen. Davon habe ich in sehr vielen Hinsichten stark profitiert. Z.B. ist es als Trans*person sehr schwer, in MV professionelles psychologisches Personal zu finden, das auch wohnortnah ist. Psychotherapie muss auch zeitlich (in Bezug auf Wegstrecken) in den Alltag integriert werden können. Gerade ohne Auto ist man hier oft hoffnungslos aufgeschmissen. Oftmals gibt es, wenn dann, höchstens eine*n Facharzt/ärztin in der Nähe. Eine freie Arztwahl ist das nicht gerade. Auch die Netzwerkarbeit könnte vielfältiger sein. Gerade im Bereich Trans* sind Beratungsangebote oftmals kaum vorhanden und wenn dann mehr semiprofessionell organisiert. Diese Beratungsstellen sind jedoch häufig der erste Anlaufpunkt und deswegen enorm wichtig für die weitere Entwicklung von (jungen) Trans*/Inter/Queers/...“*

In einigen offenen Antworten wurde auch ein sich änderndes gesellschaftspolitisches Klima angesprochen. Einige sehen hier in den letzten zehn Jahren deutliche Verbesserungen und eine gestiegenen Grundakzeptanz beim Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Andere sehen im Gegenteil eine subjektive Verschlechterung, da dieses Thema häufig aus rechtspopulistischen Kreisen aufgegriffen und gegen sexuelle und geschlechtliche Minderheiten aufgestachelt würde.

„klare verbale und körperliche Angriffe (Schubsen, abdrängen etc.) im öffentlichen Raum (dabei wird zunehmend rechtes Gedankengut artikuliert im Sinne von „damals hätte es so was nicht gegeben“ / „euch hätte man doch alle vergasen sollen“ / „das ist doch ecklig“)

und selten bis nie solidarisches Verhalten von Mitreisenden im Zug, anderen Cafébesucher_innen etc.“

„Ich weiß, dass trans Personen häufiger als cis Personen Opfer von Gewalt werden; in vielen Situationen kann ich schwer einschätzen, ob Personen sich „nur“ lustig machen, starren, usw. oder ob es im nächsten Moment auch zu körperlicher Gewalt kommt. Das ist manchmal total unberechenbar. In solchen Situationen fühle ich mich oft hilflos.“

„Ich wäge sehr genau ab, wo ich mich oute, etwa Hand in Hand gehe. Ich bin eher vorsichtig und mache deshalb auch häufig keine schlechten Erfahrungen.“

Das Sicherheitsgefühl der Mehrheit aller Lsbti*-Befragten sieht wie folgt aus: Auf die Frage, wie sicher oder unsicher sie sich als Lesbe / Schwuler / Bisexuelle*r / Trans* / Inter* aktuell in Mecklenburg-Vorpommern im öffentlichen Raum fühlten, sagen nur 10 % der befragten LSBTI* sehr sicher, weitere 38 % fühlen sich eher sicher. Ein Drittel antwortet mit „teils / teils“, 15 % fühlen sich eher unsicher, 4 % sehr unsicher. Dabei ist das Unsicherheitsgefühl unter LSBTI* in Großstädten etwas deutlicher ausgeprägt (nur 48 % fühlen sich sicher) als in Dörfern (58 % fühlen sich sicher). Altersbedingte Unterschiede fallen geringer aus. Diese Zahlen zeigen, dass es für viele Bürger*innen in Mecklenburg-Vorpommern nicht selbstverständlich ist, sich sicher im öffentlichen Raum zu bewegen.

Dass diese Sorge nicht unbegründet ist, zeigt das Ergebnis einer weiteren zentralen Frage dieser Studie: Unter allen befragten LSBTI* in Mecklenburg-Vorpommern gibt knapp mehr als jede*r Zweite (52 %) an, innerhalb der vergangenen fünf Jahre aufgrund der eigenen sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität negative Reaktionen wie z.B. Benachteiligungen, Ablehnungen oder Ausgrenzungen erfahren zu haben. 48 % verneinen dies. Auch hier sind Trans* und Inter* deut-

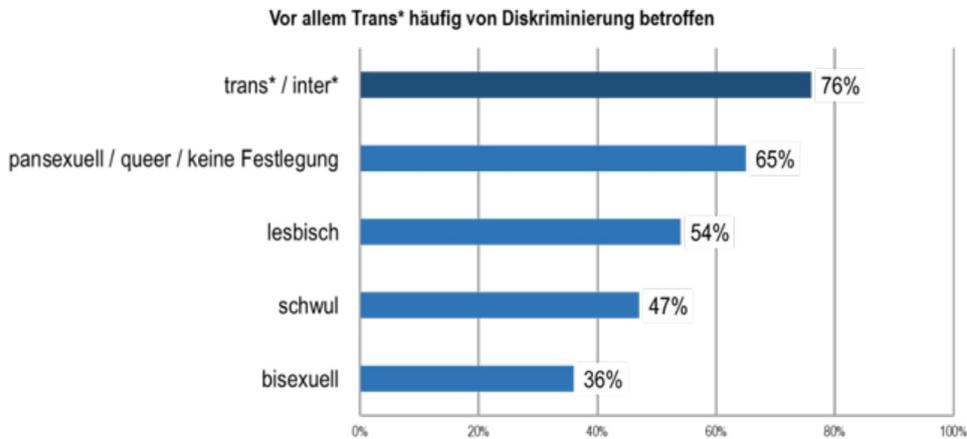


Abbildung 7: Anteil der befragten LSBTI* mit Diskriminierungserfahrung in den vergangenen fünf Jahren; Fragewortlaut: „Haben Sie in den letzten 5 Jahren aufgrund Ihrer bekannt gemachten oder bekannt gewordenen sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität negative Reaktionen wie z.B. Benachteiligungen, Ablehnungen oder Ausgrenzungen erfahren? Denken Sie dabei zum Beispiel an die Situation in Ihrer Familie, an Ihren Arbeitsplatz oder Ihre Schule/Hochschule, an den Freizeitbereich oder an Situationen in öffentlichen Verkehrsmitteln.“, Abgebildete Antwortoption: „Ja“. N = 430 – 466.

lich häufiger betroffen: Von ihnen sagen Dreiviertel (76 %), dass sie in den vergangenen 5 Jahren Diskriminierung erfahren haben. Um die Bedeutung dieses Ergebnisses hervorzuheben: Das heißt im Umkehrschluss, dass nur 24 % der befragten Trans* und Inter* zwischen 2014 und 2019 keine negativen Erlebnisse in Mecklenburg-Vorpommern gemacht haben.

Vergleicht man diese sogenannte Diskriminierungsrate mit der Rate anderer Bundesländer, lässt sich bilanzieren, dass Mecklenburg-Vorpommern (52 %) auf absolut vergleichbarem Level mit den in Baden-Württemberg 2014 (54 %), in Schleswig-Holstein 2019 (51 %) und in Brandenburg 2017 (48 %) ermittelten Ergebnissen liegt.

In diesen Befragungen wurde der gleiche Wortlaut bei vergleichbaren Stichproben genutzt, so dass eine für sozialwissenschaftliche Studie selten hohe Vergleichbarkeit der Ergebnisse vorliegt.

Für Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich je nach Wohnort und Lebensalter differenzierte Ergebnisse: So sind es auch in dieser Frage Dörfer unter 5.000 Einwohner*innen, in denen seltener negative Erlebnisse gemacht werden (42 %). Dagegen sagen 60 % der LSBTI*-Befragten in mittleren und Kleinstädten zwischen 5.000 und 50.000 Einwohner*innen, negative Erfahrungen gemacht zu haben. Großstädte bewegen sich mit 52 % dazwischen.

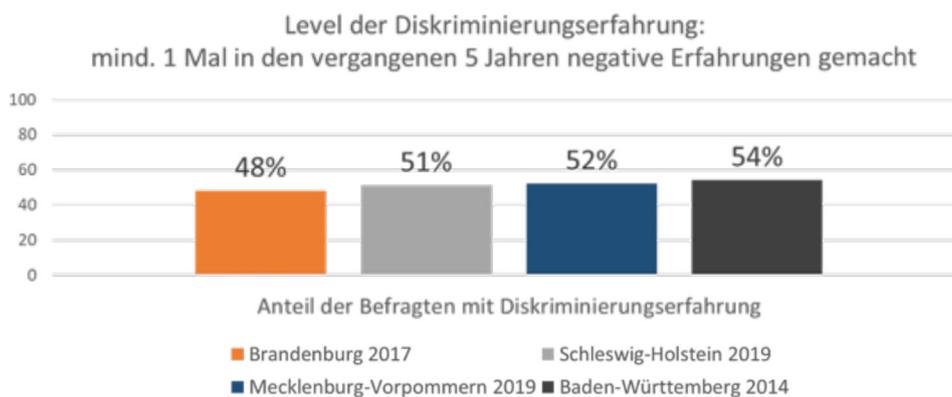


Abbildung 8: Vergleich der Diskriminierungslevel in verschiedenen Bundesländern

Die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Diskriminierung zu werden, ist außerdem für jüngere LSBTI*-Befragte etwas höher als für ältere. Unter den 16 bis 20 Jährigen wie unter den 21 bis 30 Jährigen gibt jeweils eine Mehrheit von 58 % an, in den vergangenen fünf Jahren solche negativen Erfahrungen gemacht zu haben. Bei den über 50 Jährigen sind es 39 %. Dabei ist das Jugendalter eine besondere biografisch prägende Zeit, so dass LSBTI*-Jugendliche mit Diskriminierungserfahrungen Hilfsangebote bedürfen.

Dass sie Anlauf- oder Beratungsstellen haben, an die sie sich bei Schwierigkeiten oder Sorgen wenden könnten, bejahen allerdings nur 32 % der befragten LSBTI*. Überraschend sind keine Stadt-Land-Unterschiede oder deutlichen Altersunterschiede in der Verfügbarkeit von Anlaufstellen zu erkennen. Überraschend und gegen den Tenor der offenen Antworten sagen sogar 44 % der Trans*- und Inter*-Befragten, dass sie Anlauf- und Beratungsstellen für ihre Sorgen hätten.

In welchen Lebensbereichen nun diese negativen Erfahrungen gemacht werden, zeigt das folgende Kapitel auf.

5. Erfahrungen von LSBTI* in verschiedenen Lebensbereichen

Dass jede*r Zweite befragte LSBTI* in den vergangenen fünf Jahren negative Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern gemacht hat, legt noch nicht nah, in welcher Form und in welchem Kontext dies erlebt wurde. Daher wurden alle Befragten noch einmal danach gefragt, ob sie in spezifischen Lebenssituationen und öffentlichen Bereichen Diskriminierung erfahren haben oder nicht.

In der Auswertung zeigt sich, dass mit dem Freizeitbereich und dem öffentlichen Raum, wie öffentlichen Verkehrsmitteln, die am stärksten frequentierten Bereiche auch die Orte sind, in denen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität am häufigsten stattfindet.⁴ Je 43 % der befragten LSBTI* geben an,

⁴ Dies deckt sich mit dem Ergebnis einer 2015 durchgeführten Befragung von 115 Rostocker*innen: Auch wenn nach unterschiedlichen Erfahrungsdauern gefragt wurde, so dass keine direkte Vergleichbarkeit der Antwortwerte vorliegt, so ist die Ergebnistendenz ähnlich, nämlich dass die häufigsten Diskriminierungserfahrungen von LSB* in Rostock im öffentlichen Bereich stattgefunden haben. Darauf folgen die Bereiche Familie sowie der Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz. Vgl. Koch (2016): Diskriminierungsergebnisse im Alltag homo- und bisexueller Personen in Rostock, S. 138ff, in: Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern.



Abbildung 9: Lebensbereiche mit häufigsten Diskriminierungserlebnissen; Fragewortlaut: „Wie häufig haben Sie in den letzten 5 Jahren aufgrund Ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität negative Erfahrungen in folgenden Lebensumfeldern gemacht?“ abgebildete Antworten=“regelmäßig, mehrmals, einmal“. N = 476, jeweils Anteil an Befragten, die im jeweiligen Lebensbereich unterwegs sind, bspw. Schule: Schulgänger*innen der letzten 5 Jahre.

dies mindestens ein Mal dort erlebt zu haben. Beinahe genauso viele Befragte (41 %) erleben Diskriminierung in ihrer Familie – ein Bereich, in dem staatliches Handeln nur mittelbar wirkt, beispielsweise über Angebote der Familienbildung. Gleiches gilt für die Arbeitswelt, in der 39 % der befragten LSBTI* in den vergangenen fünf Jahren nach eigenen Aussagen Benachteiligungen erfahren haben.

Darauf folgt allerdings auch ein Bereich, der in direkter landespolitischer Hoheit liegt. So erlebt immerhin mehr als jede*r dritte Befragte LSBTI* (37 %) Diskriminierung in der Schule, Berufs- oder Fachschule. Auch im Kontakt mit Ämtern und Behörden in Mecklenburg-Vorpommern (wenngleich nicht zwangsläufig in Landesbehörden) gibt jede*r Vierte an, Nachteile erfahren zu haben. Auf gleichem Niveau liegen die Angaben von Befragten, die im Gesundheits- oder Pflegebereich negative Erlebnisse gemacht haben.

Knapp jede*r Fünfte gibt dies auch für den Dienstleistungsbereich sowie in den Hochschulen an. Auf den hinteren Rängen liegen mit 16 % die Religionsausübung und mit 17 % der polizeiliche und justizielle Bereich – auch wenn Diskriminierungserfahrungen hier besonders nachteilig wirken können. Dies wird in Kapitel 5.6 genauer betrachtet.

Die Erlebnisse in den einzelnen Bereichen werden im Folgenden genauer aufgeschlüsselt.

5.1 Erfahrungen von LSBTI* in Schule, Berufs-/ Fachschule und Hochschule

Einer der frühen prägenden Bereiche im Leben aller Menschen ist die Schule. Welche Erfahrungen Kinder hier machen, untereinander wie mit ihren Lehrer*innen, ist für viele entscheidend. Dies betrifft lesbische, schwule, bisexuelle, pansexuelle / queer oder trans*- und inter*geschlechtliche Kinder im Besonderen. Erleben sie den Umgang mit ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität früh als etwas Normales, oder werden sie von Gleichaltrigen und Aufsichtspflichtigen benachteiligt?

Von allen LSBTI*-Befragten, die in Mecklenburg-Vorpommern eine der Schulformen besucht haben, sagen 39 %, dass sie dort negative Erfahrungen gemacht haben. Dabei liegt der Anteil der Trans*- und Inter*-Jugendlichen mit 56 % besonders hoch. Auch fast jeder zweite schwule Jugendliche (45 %) erlebt Nachteile in der (Berufs-/Fach-/Hoch-)Schulzeit, während dies etwas seltener auf lesbische (27 %) und bisexuelle (29 %) Schulgänger*innen zutrifft.

Diese negativen Erfahrungen sind unter der jüngsten Befragtengruppe der 16 bis 20 Jährigen mit 51 % am höchsten. Die heutigen (Berufs-/Fach-/Hoch-)Schulgänger*innen machen damit häufiger Diskriminierungserfahrungen, als es die älteren Befragten berichten. Zum Vergleich: 21 – 30 Jährige: 40 %; 31 – 40 Jährige: 34 %; 41 – 50 Jährige: 38 %; über 50 Jährige: 35 %. Ob dies auf ein sich verschlechterndes Schulhof-Klima für LSBTI*, auf eine höhere Outing-Quote als früher, oder auf abnehmende Erinnerungsleistungen älterer Befragter zurückzuführen ist, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Was Diskriminierung an ländlichen versus städtischen (Berufs-/Fach-/Hoch-)Schulen angeht, sind hingegen kaum Unterschiede zu erkennen.

Was sind dies nun für Diskriminierungen und negative Erfahrungen, die im Bildungswesen in Mecklenburg-Vorpommern von LSBTI* gemacht werden? Sind es vermeintlich leichte Formen oder schwerwiegende Übergriffe? Die folgende Abbildung zeigt, dass nach den Angaben der Befragten durchaus massive Verletzungen des Kindes- und Jugendwohls stattfinden: So sagen 31 % der Diskriminierten, dass sie von Mitschüler*innen oder Mitstudierenden bedroht, 18 % sogar seitens des Lehrpersonals bedroht wurden. Zu körperlichen Angriffen kam es laut Betroffenen bei rund jedem*r Vierten durch Mitschüler*innen oder Mitstudierenden, in 14 % der berichteten Fälle (14 Betroffene) durch Lehrpersonal. Auch sexuelle Belästigung wird von gut jedem*r zehnten betroffenen LSBTI* berichtet (11 Fälle). Für Trans* und Inter* ebenfalls als schwerwiegend einzustufen ist die Anrede im falschen Geschlecht, mit falschem Vornamen und Pronomen, wovon jede*r dritte Betroffene berichtet.

Negative Erfahrungen: fehlende Kenntnis von Vertrauenspersonen und mangelndes Klima für Coming-Out dominieren

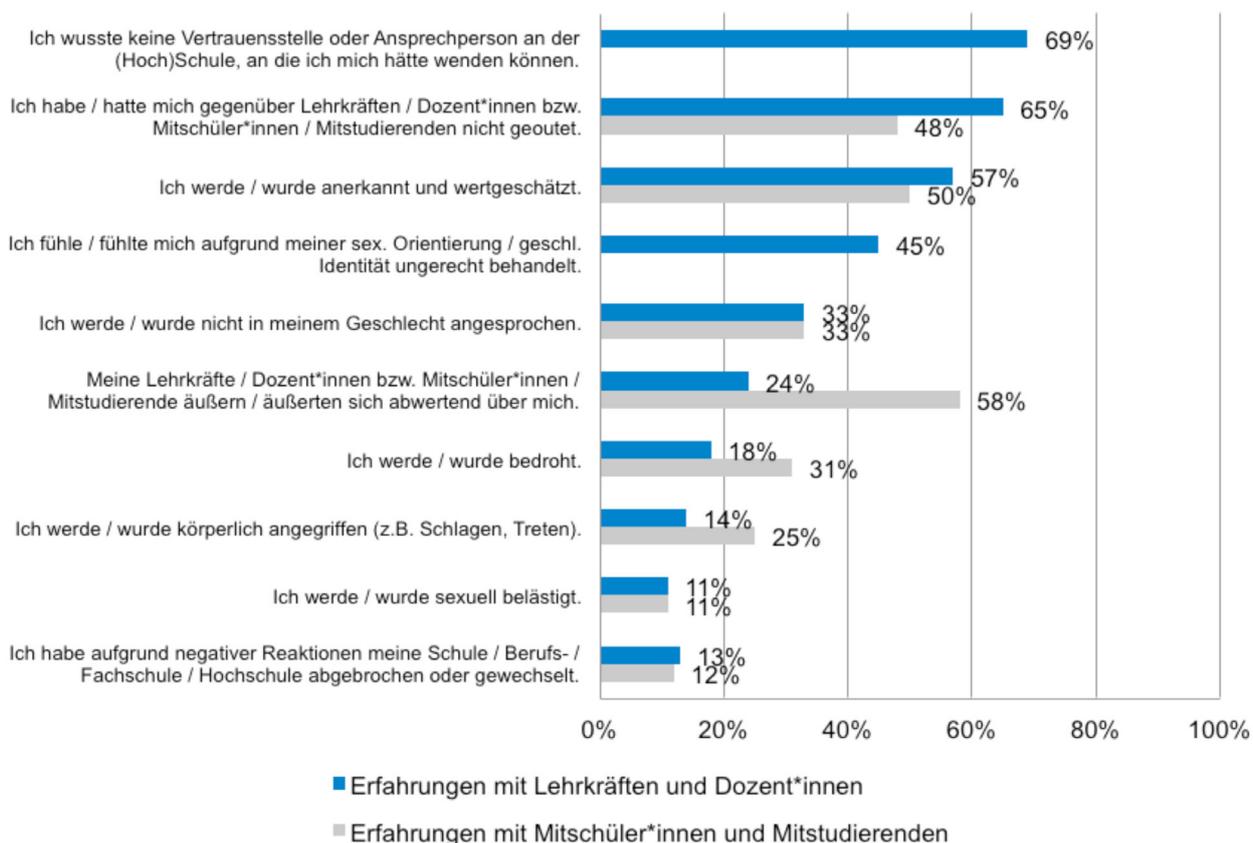


Abbildung 10: Negative Erfahrungen an Schulen, Fach-/Berufs- und Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern; Fragewortlaut: „Welche Erfahrung machten Sie in Bezug auf Ihre sexuelle Identität und/oder Ihre geschlechtliche Identität mit Ihren Lehrkräften oder Dozent*innen bzw. Mitschüler*innen und Mitstudierenden?“, summierte Antworten: „trifft voll und ganz“ und „trifft weitgehend zu“. N = 75 – 106.

13 % der Betroffenen (absolut: 12 Befragte) haben aufgrund der Diskriminierung durch Lehrkräfte ihre Schule gewechselt, 12 % (11 Personen) aufgrund der erfahrenden Diskriminierung durch Mitschüler*innen oder Mitstudierende. Dies ist zum Teil auch der Tatsache geschuldet, dass den Betroffenen keine Vertrauenspersonen bekannt sind, an die sie sich wenden können. Dies sagen mehr als zwei Drittel (69 %). Außerdem geben 65 % der Schüler*innen, die negative Erfahrungen gemacht haben, an, dass sie sich nicht gegenüber Lehrkräften geoutet haben; 48 % haben sich auch gegenüber Mitschüler*innen oder Mitstudierenden nicht geoutet.

Bei diesen Zahlen ist es wenig überraschend, dass laut Auskunft der Betroffenen nur in 12 % der Fälle Lehrkräfte, in 9 % der Fälle Schulsozialarbeiter*innen und in 31 % der Fälle Mitschüler*innen oder Mitstudierende zu Hilfe kamen.

Im Gegenteil berichten sogar 45 %, dass sie sich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ungerecht behandelt gefühlt haben. Abwertende Kommentare sind insbesondere in der Schüler-/Studierendenschaft verbreitet (58 %), aber nach Aussagen der Befragten auch ausgehend von Lehrkräften (24 %).



Dass ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität positiv anerkannt und wertgeschätzt worden sei, sagt rund die Hälfte der Betroffenen.

Die Antworten zeigen insgesamt, dass an den (Berufs-/Fach-/Hoch-)Schulen des Landes noch deutlich für Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geworben und Ansprechpersonen qualifiziert werden müssen.

Die offenen Antworten der Befragten zu ihrer Schulzeit werden beispielhaft an folgende Aussagen veranschaulicht:

„An meiner Schule gab es leider keine Sozialarbeiterin zu der ich hätte gehen können um ihr meine Probleme zu äußern die Lehrer haben mich ignoriert auch als ich einmal nach dem Sportunterricht sexuell belästigt wurde und mehr. Man muss einfach schon recht früh anfangen die Kinder aufzuklären das es in Ordnung ist anders zu sein und auch die Schulbücher anzupassen“

„Es gibt durchaus Lehrer\innen die sich positiv gegenüber Lgbt+ äußerst und gegen Homophobie Bemerkungen etwas sagten. Doch die meiste Lehrerschaft tut so als hätte sie nichts gehört.“

„Es gab Lehrkräfte, die mich schützten und ernstnahmen“

Prägend ist die Schulzeit aber selbstverständlich auch für Kinder, die selbst nicht lesbisch, schwul, bisexuell, pansexuell / queer oder trans*- und inter*geschlechtlich sind. Alle Kinder lernen in der Schule Werte wie Akzeptanz und Verhalten wie den Umgang mit Vielfalt – oder nicht. Gefragt danach, ob während ihrer Schulzeit Themen zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt im Unterricht vermittelt wurden, sagt eine überwiegende Mehrheit der befragten LSBTI* nein. Nur jede*r Zehnte berichtet von einer solchen Aufklärung im Biologie-Unterricht. Überraschend selten (5 %) erinnert sich die jüngste Befragtengruppe der 16 bis 20 Jährigen an diese Themen im Biologie-Unterricht. Doppelt so häufig geben sie dies für den Geschichtsunterricht an, wurde sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den vergangenen Schuljahren also historisch betrachtet. Ebenfalls häufiger als unter älteren Befragten wurden LSBTI*-Themen in jüngster Zeit offenbar im Deutsch-/Englisch-/Sprachunterricht behandelt.

Während das Thema also aus Sicht einiger Befragter in verschiedenen Unterrichtsfächern auf niedrigem Niveau Fuß fasst, scheint es bei der biologischen Aufklärung noch einen sehr großen Bedarf in der Fläche zu geben. Dieser wird nach Angaben der

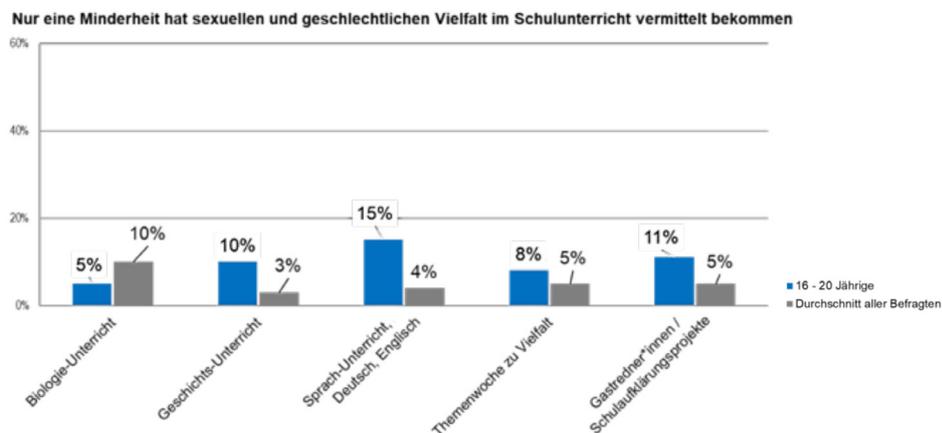


Abbildung 11: Anteil der Befragten mit Schulaufklärung über LSBTI*-Themen; Fragewortlaut: „Jetzt geht es um Ihre Erfahrungen im Bildungsbereich. Wurden / werden während Ihrer Schulzeit Themen zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt im Unterricht vermittelt?“ Antwortoptionen: „nein, das kam kaum bis überhaupt nicht im Fach vor“ (nicht abgebildet), „ja, das kam häufiger im Fach vor“ (abgebildet). N = 360 – 387.

Befragten auch nicht durch Themenwochen (insgesamt von 5 % der Befragten erlebt) oder durch Gastredner*innen wie Schulaufklärungsprojekten (ebenfalls nur 5 %) kompensiert⁵.

5.2 Erfahrungen von LSBTI* in der Ausbildungs- und Arbeitswelt

Auf die Schule folgt biografisch bei den meisten Menschen die Ausbildungs- und Arbeitswelt. Sind Arbeitgeber*innen und Kolleg*innen in Mecklenburg-Vorpommern offen gegenüber LSBTI*-Mitarbeitenden oder erfahren diese Nachteile am Arbeitsplatz?

Von allen befragten Lesben, Schwulen, Bisexuelle, Pansexuellen / Queeren sowie Trans* und Inter* sind 86 % erwerbstätig. Von den erwerbstätigen Befragten wiederum arbeite(te)n 44 % im öffentlichen Dienst oder mach(t)en dort ihre Ausbildung, können also qualifizierte Aussagen über diesen Sektor machen. Von ihnen geben 29 % an, negative Erfahrungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität am Arbeits- oder Ausbildungsplatz gemacht zu haben, 71 % verneinen dies.

In der Privatwirtschaft, wo 56 % der befragten LSBTI* tätig sind, haben nur leicht mehr Befragte (31 %) Diskriminierungserfahrungen gemacht, 69 % verneinen dies.

Unter denjenigen mit negativen Erfahrungen im öffentlichen Dienst sagt eine knappe Mehrheit, dass ihnen Kolleg*innen (28 %), Vorgesetzte (5 %)

⁵ Insgesamt decken sich diese Ergebnisse mit der Feststellung zweier Schulklassenbefragungen in M-V 2015, die zu dem Schluss kommen, dass Schüler*innen über Sexualität im Allgemeinen und über Homo- und Transsexualität nur in wenigen Fällen häufig mit dem Lehrpersonal sprechen, also auch abseits des Unterrichts wenig Berührung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt haben. Vgl. Peters / Spicker (2016): Was denken Schüler_innen über Lesben, Schwule, Trans* - eine Fragebogenerhebung in zwei Schulen im Bundesland, S. 75, in: Lola für Demokratie.

**Negative Erfahrungen am Arbeitsplatz:
 mangelnder Respekt und Ausgrenzung häufig**

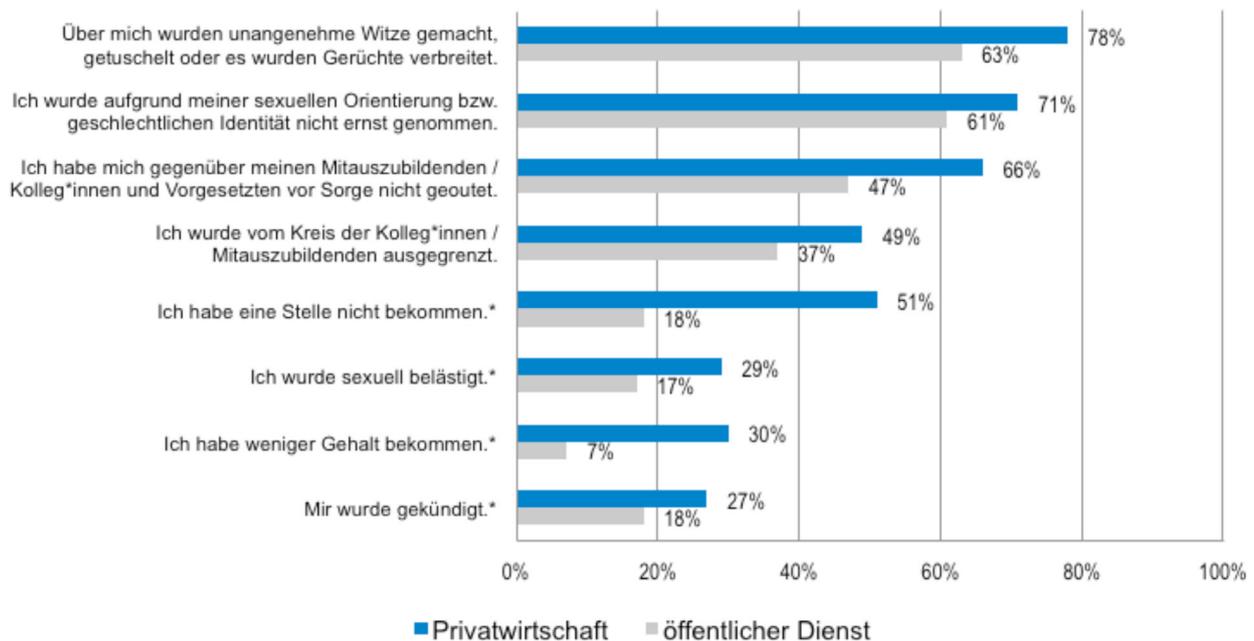


Abbildung 12: Diskriminierungsformen im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft; Fragewortlaut: „Welche Art von negativen Reaktionen aufgrund Ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität haben Sie an Ihrem Arbeits- oder Ausbildungsplatz erfahren und wie häufig waren diese?“ Abgebildete Antwortoptionen: „regelmäßig“ sowie „mehrfach“; bei allen mit * gekennzeichneten harten Diskriminierungsformen inkl. der Nennung „einmal“. Privatwirtschaft: N = 33 – 55, öffentlicher Dienst: N = 53 – 57.

beziehungsweise Kolleg*innen und Vorgesetzte (20 %) in dem Fall beistanden. 48 % sagen, dass ihnen niemand zur Hilfe kam. In der Privatwirtschaft liegt die Hilfsbereitschaft etwas niedriger: Hier kam in 66 % der Fälle niemand zu Hilfe.

Mit absolut 40 Befragten im öffentlichen Dienst und 55 Befragten in der Privatwirtschaft sind die Fallzahlen in diesem Bereich jedoch mit Vorsicht zu interpretieren. Dies gilt auch für die in der folgenden Abbildung genannten Werte der befragten LSBTI* darüber, welche Diskriminierungsform sie erlebt haben. Demnach sind die beiden jeweils am häufigsten verbreiteten Formen Witze/Tuscheln/Gerüchte (von 78 % der diskriminierten Befragten in der Privatwirtschaft und 63 % der diskriminierten Befragten im öffentlichen Dienst häufig oder regelmäßig erlebt), sowie das Nicht-Ernstgenommen werden (71 % Privatwirtschaft und 61 % öffentlicher Dienst). Außerdem outen sich zwei Drittel der diskriminierten Befragten in der Privatwirtschaft nicht mehrfach unter ihren Arbeitskolleg*innen und Vorgesetzten. Im öffentlichen Dienst sagen dies etwas weniger als die Hälfte der Befragten, die angegeben haben, Diskriminierung am Arbeits- oder Ausbildungsplatz erfahren zu haben.

Neben diesen Antworten zeigen sich teilweise auch hohe Betroffenenanteil bei härteren Diskriminierungsformen. So geben 51 % (entspricht 23 von 45 Befragten) der in der Privatwirtschaft Diskriminierten an, mindestens einmal eine Stelle vermutlich aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität nicht erhalten zu haben. Im öffentlichen Dienst wird dies deutlich seltener (18 %, entspricht nur 5 von 28 Befragten) berichtet. Einige Befragte geben darüber hinaus sexuelle Belästigung, wahrgenommene Gehaltsdiskriminierung und Kündigung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität an.

Für Trans*-Befragte ergeben sich über die in der Abbildung dargestellten Diskriminierungsformen hinaus weitere Diskriminierungen am Arbeitsplatz: So sagen 20 von 34 Befragten mit Diskriminierungserlebnis in der Privatwirtschaft, respektive 7 von 21

im öffentlichen Dienst, dass sie nicht im gewünschten Geschlecht angesprochen wurden/werden. Auch berichten 6 von 27 (Privatwirtschaft), respektive eine von 17 Personen (öffentlicher Dienst), dass ihnen der Zugang zur Toilette ihres neuen Geschlechts verweigert wird und 6 von 23 (Privatwirtschaft), respektive 2 von 17 (öffentlicher Dienst), dass sie gezwungen wurden/werden, in ihrem alten Geschlecht weiterzuarbeiten. Aus diesen Zahlen lässt sich zumindest eine Tendenz erkennen, dass der öffentliche Dienst für Trans*-Personen in Mecklenburg-Vorpommern diskriminierungsärmer ist als die freie Wirtschaft.

Die Befragten wurden auch gebeten, ihre Erlebnisse am Arbeitsplatz in offenen Textfeldern wiederzugeben. Hier sind beispielhaft einige Aussagen dargestellt:

„Der Verwaltungsleiter meiner Polizeibehörde sagte, da können wir nichts gegen die Gefühle der Kollegen machen. Der Polizeipräsident bestimmte, dass ich ohne den Zusatz Frau anzusprechen bin.“

„Im beruflichen Alltag im Krankenhaus wurden oft homophobe Äußerungen gemacht, von Reinigungskraft bis zum Arzt. Schwule wurden als Kinderschänder beschimpft, Schwule müsste man vergasen, Schwule müssten verboten werden. Selbst als Kollegen das Gleichstellungsgesetz unterschrieben haben, kamen diese Äußerungen.“

„Ich war mal in einem sehr technisch männlich geprägtem Beruf. Schon kleinste Abweichungen vom gewünschten Rollenbild führten zu massiven Reaktionen. Mit dem Ergebnis, das ich 2 Leben gelebt habe: Ein offizielles für die Arbeit etc., ein privates streng abgeschirmtes“

„Mir wurden von meinem Chef private Fragen zu meiner sexuellen Orientierung gestellt, die ich als unangemessen empfunden habe. Das Interesse an meiner sexuellen Orientierung macht sie zu etwas anderem, etwas „exotisch-“

*em". Außerdem wurde ich quasi zwangsgeoutet. Mein Chef hat in der Dienstberatung einen Zeitungsartikel rumgegeben, der mich auf dem CSD zeigt. Ja, das ist eine öffentliche Veranstaltung und ich habe in Bezug auf meine sexuelle Orientierung auch nie gelogen, aber ich gehe auch nicht zu allen Kolleg*innen und erzähle ihnen, dass ich nicht heterosexuell bin, weil warum sollte ich? Die Kolleg*innen extra mit diesem Zeitungsartikel darauf aufmerksam zu machen, fand ich sehr übergriffig."*

5.3 Erfahrungen von LSBTI* in der Familie

Menschen haben in der Regel zwei Familien: Die Herkunftsfamilie, in die sie hineingeboren werden bzw. aufwachsen, sowie bei allen Nicht-Allein-stehenden ab dem Erwachsenenalter eine selbst gegründete Familie, bestehend mindestens aus einem*r Partner*in. In der Befragung wurden zu beiden Familienabschnitten Fragen gestellt.

Zunächst zur Herkunftsfamilie: Alle Befragten, die bejaht haben, in den letzten 5 Jahren aufgrund ihrer bekannt gemachten oder bekannt gewordenen sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität negative Reaktionen wie z.B. Benachteiligungen, Ablehnungen oder Ausgrenzungen erfahren zu haben, wurden nach entsprechenden Erfahrungen im Familienumfeld gefragt.

Die Antworten zeigen, dass die am häufigsten berichteten Diskriminierungsformen innerhalb der Familie das Nicht-Ernstnehmen (60 % der Betroffenen) sowie das Ignorieren oder Totschweigen der sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität (59 %) sowie das Nicht-Ernstnehmen dieser (58 %) sind. Ca. jede*r Dritte erfährt nach eigenen Angaben zudem Ausgrenzung (33 %), Beleidigungen, Beschimpfungen oder Lächerlich machen (ebenfalls 33 %), oder übertriebenes Interesse am Privatleben und Überbetonen der sexuellen Orientierung / geschlechtlichen Identität durch die Familie (34 %). Mehr als jede*r Fünfte berichtet von angedrohten oder vollzogenen Zwangs-Outings (21 %). Gewaltdrohungen (12 %) und physische Übergriffe (6 %) werden von einer Minderheit berichtet.

Dabei lassen sich einige auffällige Unterschiede zwischen Stadt-Land sowie zwischen Altersgruppen finden. In Dörfern unter 5.000 Einwohner*innen geben durchschnittlich 15 % mehr Befragte an, von diversen Diskriminierungsformen innerhalb der Familie betroffen zu sein. Ausgrenzung ist eine Form, die besonders bei älteren Befragten häufig vorkommt – bei jedem*r zweiten über 50 Jährigem*n, aber nur bei jedem*r vierten 16 bis 20 Jährigem*n innerhalb der vergangenen fünf Jahre.

Am deutlichsten fallen die Erfahrungsunterschiede aus, betrachtet man die Diskriminierungshäufigkeit von Trans* und Inter* gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Pansexuellen und Queeren. So findet Ausgrenzung in der Familie bei Trans* und Inter* doppelt so häufig statt, verglichen mit LSBP*. Auch berichten mit 82 % der Betroffenen deutlich mehr Trans* und Inter*, dass ihre geschlechtliche Identität nicht ernst genommen wurde / wird, als es Schwule (46 %) oder Lesben (61 %) über ihre sexuelle Orientierung berichten. Bisexualität sowie Pansexualität in der eigenen Familie wird nach Angaben der Befragten (75 % der Betroffenen, respektive 73 %) häufig ebenfalls nicht als sexuelle Orientierung ernst genommen. Schließlich sieht sich gut jede*r vierte Trans* bzw. Inter* (26 %) mit Gewaltdrohungen konfrontiert (unter LSBP* 9 %).

Insgesamt kann bilanziert werden, dass aus Sicht der befragten LSBTI* vielfach noch kein selbstverständlich akzeptierendes Klima in den eigenen Herkunftsfamilien in Mecklenburg-Vorpommern herrscht. Insbesondere was den Umgang mit Trans- oder Intersexualität angeht, scheinen in vielen Familien Vorbehalte bis hin zu harten Diskriminierungsformen zu herrschen. Wie sich dies aus Sicht der Angehörigen gestaltet, wird ein eigenständiges Kapitel beleuchten.

Wie aber sehen die von LSBTI* gegründeten Familien aus, wie leben sie zusammen?

Wie in einer durchschnittlich jungen Stichprobe zu erwarten, leben 39 % der befragten LSBTI* derzeit ohne Partner*in. Ein weiteres Drittel (32 %) gibt an,



Eine deutliche Mehrheit der befragten LSBTI* in MV hat Kinder oder wünscht sich welche

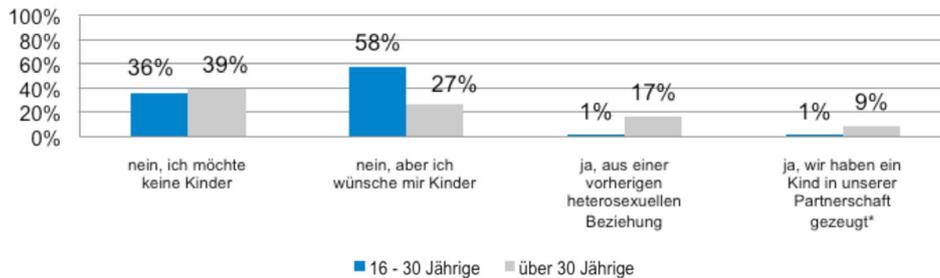


Abbildung 13: Elternstatus der befragten LSBTI* in Mecklenburg-Vorpommern; Fragewortlaut: „Haben Sie Kinder?“ N = 423. *“(zum Beispiel auch durch Samenspende, zusammen mit einem anderen Paar etc.)“

in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft zu leben. In einer gleichgeschlechtlichen Ehe leben in Mecklenburg-Vorpommern mit 13 % bereits deutlich mehr LSBTI*-Befragte als in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft (5 %). Außerdem geben 7 % an, in einer verschiedengeschlechtlichen Partnerschaft, 2 % in einer solchen Ehe zu leben. Dies sagen insbesondere Bisexuelle sowie Trans*.

Neben der Partnerschaft wurde auch gefragt, ob Kinder vorhanden oder gewünscht sind. Denn die Familienpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern erkennt die vielfältigen Lebensmodelle heutiger Familien wertschätzend an. Dazu gehören auch sogenannte Regenbogenfamilien. Das sind Familien, in denen mindestens ein Elternteil nicht heterosexuell ist. Das Ergebnis der Studie: Unter den befragten LSBTI* sagt eine deutliche Mehrheit, dass sie entweder ein oder mehrere Kinder haben (zusammengenommen 20 % der Befragten) oder sich Kinder wünschen (39 %). Dass der Anteil letzterer höher ist, überrascht bei der jungen Stichprobe wenig. Daher gibt die folgende Tabelle die Antworten getrennt für die 16 – 30 jährigen sowie die über 30 jährigen Befragten wider.

Die Familienmodelle derjenigen LSBTI*-Befragten, die Kinder haben, sind vielfältig. So stammen nach Angaben der Befragten viele Kinder aus einer vorherigen heterosexuellen Beziehung. Das geben 45 Befragte (im Altersdurchschnitt 11 % der Befragten) an. Weitere 24 Befragte haben Kinder in ihrer jetzigen Partnerschaft gezeugt, beispielsweise

durch Samenspende oder mit einem anderen Paar zusammen. Sechs befragte Regenbogeneltern sind Co-Elternteile ohne rechtliche Anerkennung. Adoptionen (4 Befragte) und Pflegeelternschaft (3 Befragte) sind hingegen vergleichsweise selten.

5.4 Erfahrungen von LSBTI* im Gesundheitswesen, der Pflege und Wünsche für das Alter

Gesundheitsvorsorge und Behandlung im Krankheitsfall sind für jeden Menschen lebenswichtig. Individuelle Gesundheitslagen dabei zu berücksichtigen, scheint uns selbstverständlich. Inwiefern spielt dabei die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität von Patient*innen eine Rolle?

Nicht bei jeder Behandlung müssen diese relevant sein. In einigen Bereichen, wie bei sexuell übertragbaren Krankheiten, also bei Frauen-, Haut*ärztinnen und Urolog*innen ist die Kenntnis der sexuellen Orientierung zentral. Aber auch in der allgemeinen Diagnostik von Hausärzt*innen und ihren Überweisungen an Fachärzt*innen können falsche Annahmen über geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung schwere medizinische Folgen haben. Daher wurden entsprechende Fragen zum Gesundheitsbereich gestellt.

Die Ergebnisse zeigen ein mehrheitlich positives Bild des Umgangs mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Gesundheitswesen Mecklenburg-Vorpommerns, bei Defiziten im Fachwissen. Beinahe zwei Drittel (64 %) aller LSBTI-Befragten



geben an, dass ihre Partner*in (sofern zutreffend) ganz selbstverständlich als Angehörige betrachtet wurden. Auch nehmen 63 % das Klima in den Arztpraxen und Krankenhäusern als positiv und offen wahr, so dass sie sich outen konnten / können.

Gleichzeitig hat sich etwas mehr als die Hälfte (55 %) nicht vor Hausärzt*in, Frauenärzt*in oder Urolog*in geoutet. Ob dies von Fall zu Fall medizinische Relevanz gehabt hätte, ist nicht zu ermitteln. In einer anderen Frage, nämlich der, ob sie bei einem besonderen medizinischen Bedarf aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität kompetent informiert und beraten worden wären, also aus Sicht der Befragten (hohe) Relevanz aufgrund eines konkreten Bedarfs vorlag, stimmt nur eine Minderheit von 36 % zu; 64 % verneinen eine kompetente Beratung, darunter sogar 42 %, die sagen, dies treffe überhaupt nicht zu. Hier scheinen mehrheitlich Wissensdefizite beim medizinischen und therapeutischen Fachpersonal vorgelegen zu haben – so schildern es die befragten LSBTI*. Von nicht ausreichend kompetenter Information und

Beratung berichten Trans* und Inter* genauso häufig wie Schwule, Bisexuelle und Pansexuelle / Queere. Die einzige Gruppe, die in den Antworten deutlich hervorsticht, sind lesbische Frauen: Von ihnen sagen sogar drei Viertel, dass sie keine kompetente medizinische Beratung bekommen hätten.

Fachliche Defizite können auch eine Ursache dafür sein, dass ein Viertel der befragten LSBTI* davon berichtet, das medizinisch-therapeutische Personal habe unsicher auf seine*ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität reagiert. Weitere 17 % berichten von unangenehmen Fragen. Ebenso viele meinen, ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität sei in Arztpraxen oder Krankenhäusern absichtlich ignoriert worden. Bei einer Minderheit des medizinisch-therapeutischen Personals scheinen auch negative Einstellungen gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorzuherrschen – 12 % der befragten LSBTI* berichten davon, dass ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität vom Gesundheitspersonal als Krankheit oder Störung bezeichnet wurde.

Mehrheitlich offenes Klima, aber selten Kompetenz bei Beratungsbedarf

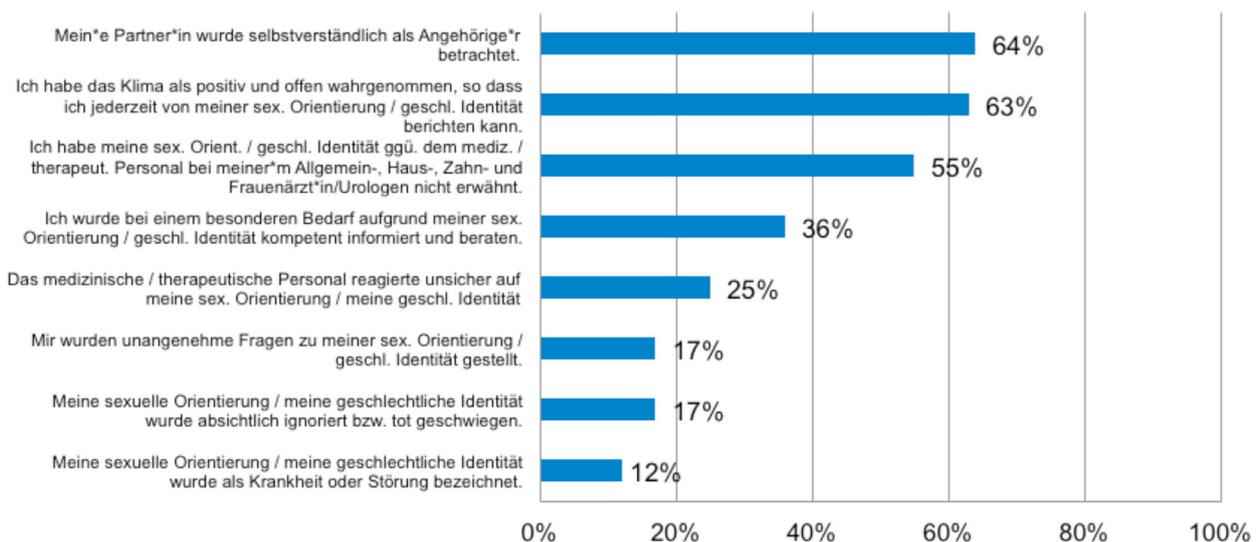


Abbildung 14: Berichtete Erfahrungen von LSBTI* im Gesundheitswesen; Fragewortlaut: „Nun geht es noch um den Bereich Gesundheit. Welche Erfahrungen haben Sie in den letzten 5 Jahren im Zusammenhang mit Ihrer sexuellen Orientierung oder Ihrer geschlechtlichen Identität im medizinischen oder therapeutischen Bereich gemacht, zum Beispiel gegenüber Ärzt*innen (in Arztpraxen, Krankenhäusern)? Bitte geben Sie an, inwiefern die folgenden Aussagen für Sie zutreffen.“ Abgebildete Antwortoptionen: „trifft eher zu“ sowie „trifft voll und ganz zu“. N = 190 – 361.

Die offenen Antworten der Befragten in diesem zentralen Lebensbereich fallen sehr ausführlich aus und zeigen ein differenziertes Bild:

„Thema Kinderwunsch: Frauenarzt/ Ärztin kennt sich mit dem Thema nicht aus/ keinerlei Unterstützung/ Beratung möglich - bei einem aus dem Wunsch heraus entstandenen, notwendigen medizinischen Eingriff im Krankenhaus hat Frauenarzt/Ärztin empfohlen, Homosexualität zu verschweigen“

„Bei der Werbung um eine Blutspende wurde die Gruppe, in der ich mich befand, darüber informiert, dass z.B. Prostituierte, Drogenabhängige und homosexuelle Männer kein Blut spenden dürfen und dadurch „gar kein Risiko“ besteht. Ich habe in der Situation nicht gesagt „ich bin aber schwul“, habe aber gedacht: „Mein Blut bekommst Du nicht!“ Ich habe mich diskriminiert gefühlt.“

*„Häufig haben Fachärzt*innen wenig Erfahrung und wirken, als hätten sie noch nie eine Trans*person getroffen. Ich habe versucht eine Psychotherapie zu machen, sie jedoch abgebrochen. Die Therapeutin hat nicht verstanden, wie stark meine Transidentität mit meiner Persönlichkeit verbunden ist und wie sehr sie sich auf vieles Auswirkt, auch wenn es nur am Rande von Bedeutung ist. Transitionsbezogene Fachärzt*innen (Operateure, Therapeuten, Endokrinologen, ...) sind rar und wenn häufig weit vom Wohnort entfernt.“*

„Mein Hausarzt schien keine Berührungspunkte mit Transgeschlechtlichkeit gehabt zu haben und reagierte überrascht/schockiert“

„Gehen Sie mal als diversgeschlechtliche Person einfach nur zum Blutspenden... Das ist noch der einfachste Fall, weil Blut ja geschlechtsindifferent verwendet werden kann. Bei der Aufnahme/Abnahme gibt es aber sowohl in den Protokollen und Formblättern nur „m“ und „w“. Und auch in den Köpfen der

Personen, die das Blut abnehmen, scheint es nur 2 Geschlechter zu geben. Manchmal ist die Verwirrung, die ich dann stifte, unterhaltsam, oft aber auch einfach nur nervig.“

„Ich habe meine Orientierung im medizinischen Bereich nie erwähnt. Unter anderem weil ich genau die oben genannten Vorurteile fürchte“

„Meine Bitte um geschlechtsneutrale Anrede/ Aufgerufen werden mit „Vorname Nachname“ wird in einigen Praxen sehr gut umgesetzt, in anderen zum Teil kaum.“

„In HH habe ich von der Gynäkologin dumme Fragen zu meiner Sexualität gestellt bekommen, aber in den letzten Jahren hier in MV wurde ich vor allem von meiner Hausärztin auf positive Weise in der Hinsicht behandelt und meine Partnerin selbstverständlich als Lebensgefährtin wahrgenommen.“

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt werden zunehmend Thema in der Senioren- und Pflegepolitik. Wie sehen die Erfahrungen der Befragten in diesem Bereich aus?

Zunächst wurde gefragt, ob die Umfrageteilnehmenden einen besonderen Bedarf aufgrund ihres Alters, einer Behinderung oder einer schweren oder chronischen Erkrankung hätten oder einmal gehabt haben. Dies bejahen 12 %. Darunter sind 41 befragte LSBTI* mit Bedarf aufgrund einer chronischen Erkrankung, 18 aufgrund einer Behinderung, sowie nur 3 Befragte mit Bedarf aufgrund ihres hohen Alters. Die Fallzahlen sind für eine exakte Prozentuierung der nachfolgenden Fragen daher gering. Dennoch soll ein kurzer Überblick über die Tendenz der Erfahrungen in der Pflege gegeben werden:

So ist auch in Pflegeeinrichtungen und Wohnangeboten sowie der Betreuung von Menschen mit besonderen Bedarfen im Alter, bei Behinderung oder Krankheit ein respektvoller Umgang (Zustimmung über 80 %), Anerkennung von Angehörigen (drei

Für meine Wohnsituation im Alter wünsche ich mir...

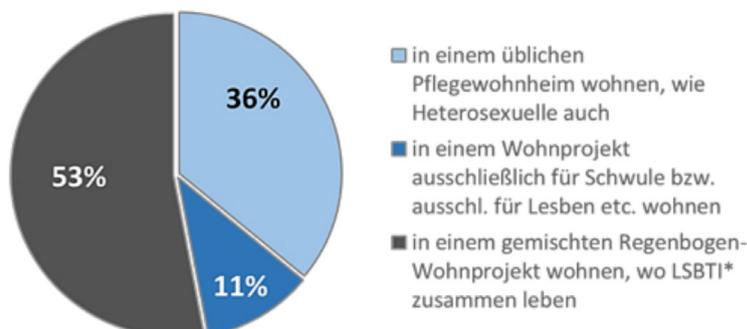


Abbildung 15: Wünsche für LSBTI*-Wohnformen im Alter; Fragewortlaut: „Was wünschen Sie sich für Ihre Wohnsituation als Schwuler / Lesbe / Bisexuelle*r / Trans* / Inter* im Alter für den Fall, dass Sie nicht mehr selbstständig in Ihrer eigenen Wohnung leben können?“ N = 311.

Viertel), offenem Erzählen der eigenen Lebensgeschichte und Partnerschaften gegenüber dem Fachpersonal (gut zwei Drittel) und gegenüber den Mitbewohner*innen (gut 60 %) gegeben. Dass das Personal in Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt geschult sei, sagt jedoch auch hier nur eine Minderheit der befragten LSBTI* mit besonderen Bedarfen (gut ein Drittel Zustimmung). Ein Drittel berichtet zudem von unsicherem Umgang des Fachpersonals mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

In letzter Zeit werden häufiger Wohnprojekte für LSBTI* im Alter öffentlich diskutiert. In welchen Wohnformen möchten Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* in Mecklenburg-Vorpommern im Alter wohnen, wenn sie nicht mehr eigenständig in Wohnung oder Haus bleiben können?

Eine leichte Mehrheit von 53 % der befragten LSBTI* wünscht sich für das eigene Alter eine gemischte Regenbogenwohnform, in der Lesben, Schwule, Bisexuelle, Queere, Trans* und Inter* zusammen kommen. Ein kleiner Teil der Befragten, gut jede*r Zehnte, wünscht sich ausschließlich eine Wohnform der eigenen Identität – schwule Befragte also ein Wohnheim nur für schwule Bewohner, lesbische Befragte ein Wohnheim nur für lesbische Senior*innen etc. Nur ein gutes Drittel der Befragten sagt, in einem üblichen Pflege-

wohnheim wie Heterosexuelle auch leben zu wollen. Das zeigt, dass das Thema Leben von LSBTI* im Alter durchaus eines ist, das in Zukunft mehr Beachtung und ggf. eigenständige Pilotprojekte in der Pflegeplanung bedarf.

Dabei sind keine großen Präferenzunterschiede zwischen den einzelnen Zielgruppen zu erkennen. Trans*-Befragte wollen etwas häufiger in gemischten Regenbogenwohnprojekten wohnen (61 % Zustimmung), schwule Befragte etwas häufiger in schwulen Wohnprojekten (19 %), während bisexuelle Befragte stärker in klassischen Pflegeheimen mit Heterosexuellen leben möchten (54 %).

5.5 Erfahrungen von LSBTI* in Freizeit, Kultur, Sport und Religion

Eingangs haben 43 % der befragten LSBTI* angegeben, im Freizeitbereich in den vergangenen fünf Jahren Diskriminierung erfahren zu haben. Gefragt nach einzelnen Freizeitbereichen, kann das Bild detaillierter gezeichnet werden: So sagen 17 % aller befragten LSBTI*, die in ihrer Freizeit kulturellen oder sportlichen Aktivitäten nachgehen, dass sie im Bereich des Sports Diskriminierung erfahren haben, darunter gut jede*r dritte Trans*. Aus den offenen Antworten zeigen sich beispielhaft folgende Problemlagen:

„Bei Fussball oder männlichem Mannschaftssport: dispektierliche Bezeichnungen wie Schwuchtel, Verunglimpfungen meines Namens, Anschreien, Anspucken, Tasche auf dem Boden ausschütten...“

„verbale Beleidigungen beim Joggen und im Schwimmbad - Ausgrenzung unseres Kindes aufgrund unserer sexuellen Identität“

„Ich durfte nicht an Fecht-Turnieren teilnehmen, weil die Regelung zur Aufteilung nach Geschlechtern transidente Menschen nicht berücksichtigt“

„Nach dem Schwimmtraining mit meinem Freund wurden wir sexuell belästigt und verprügelt“

„Ich nehme regelmäßig an Laufveranstaltungen teil. Immer wieder werde ich dort von anderen Teilnehmenden, zum Teil aber auch vom Veranstaltersteam, in übergriffiger Weise nach meinem Geschlecht gefragt. Wenn ich mich für einen Lauf anmelde, entscheide ich mich aufgrund meines derzeitigen Testosteronlevels meist für die Männerwertung. Aufgrund meines Erscheinungsbildes werde ich dennoch hartnäckig gefragt, was ich denn nun sei. „Weder noch, ich bin nicht-binär, starte aber bei den Männern.“ Dann fragen sie: „Aber was hast denn nun in der Hose?““

Deutlich weniger Befragte, knapp jede*r Zehnte (9 %), sagen, im kulturellen Bereich Diskriminierung erfahren zu haben. Dass negative Erfahrungen im Kulturbereich sehr heterogen ausfallen, zeigen diese offenen Angaben:

„Unbehagen von Mitspieler*innen im Theaterclub mir gegenüber, nicht sehen wollen von verschiedenen Lebensrealitäten“

„zu Veranstaltungen, bei denen es auch um lesbische, schwule, trans*Perspektiven geht,

kommen nur sehr wenige engagierte Personen, die Mehrheit interessiert sich überhaupt nicht und hat Berührungängste und ignoriert die Veranstaltung. Die Veranstaltungen werden außerdem nicht in der Presse angekündigt.“

„Unsichtbarmachung von queeren Lebensweisen in Literatur, Kultur, Veranstaltungen in MV“

„Die kulturellen Veranstaltungen, an denen ich teilnehme, haben normalerweise eine hohe Beteiligung von queeren Menschen und sind entsprechend akzeptierend.“

Ebenfalls gering fällt der Anteil der befragten LSB-TI* aus, die angeben, bei der Religionsausübung diskriminiert worden zu sein (10 %). Unter anderem folgende Beispiele sind in den offenen Antworten genannt worden:

„Bibelstunde: Vor Gott sind alle Menschen gleich. Aber es gibt Menschen, die waren gleicher. Im Zusammenhang im Gruppengespräch über die kirchl. Trauung Homosexueller.“

„beim jüdischen Gottesdienst mit meinem Freund verbal angegriffen“

„Der Pfarrer ignorierte meine Partnerin und mich während der Beerdigung ihres Vaters.“

„Ich bin ausgetreten, weil die Kirche mich für abscheulich hält“

„nicht direkt Reaktion, eher eine strukturelle Benachteiligung von Homosexualität, Thema kommt nur negativ vor, ist unvereinbar mit Religionsausübung“

„Ich habe in meiner Kirche (evangelisch) keine negativen Erfahrungen gemacht, sondern eher positive. Meine Frau und ich haben auch kirchlich „geheiratet“.“

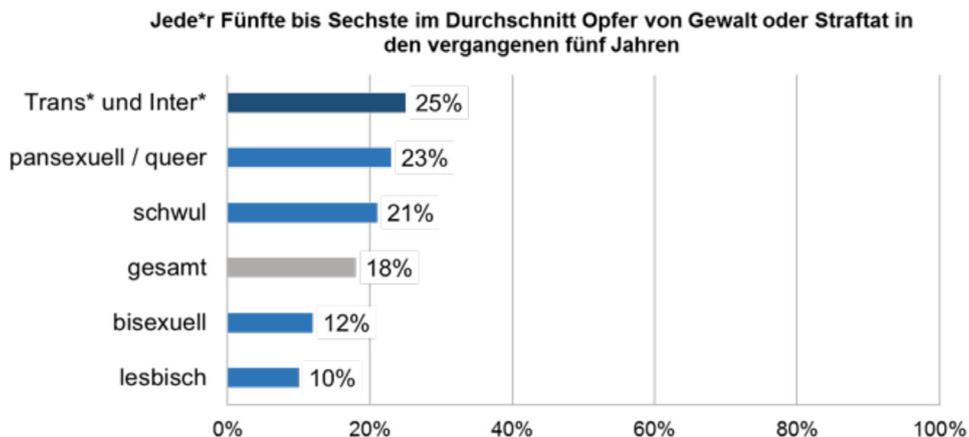


Abbildung 16: Anteil der Opfer von Gewalt oder Straftaten; Fragewortlaut: „Haben Sie in den letzten 5 Jahren psychische, körperliche oder sexuelle Gewalt oder ein anderes Verbrechen aufgrund Ihrer sexuellen Orientierung oder Ihrer geschlechtlichen Identität erfahren?“ abgebildete Antworten: Ja. N = 385 – 415.

5.6 Erfahrungen von LSBTI* im Polizei- und Justizwesen

In Kapitel fünf ist dargestellt, dass gut jede*r zweite befragte LSBTI* in den vergangenen fünf Jahren Diskriminierungserfahrungen gemacht hat. Die vorangegangenen Unterkapitel haben diverse Diskriminierungsformen in den einzelnen Lebensbereichen aufgezeigt. Sowohl bei einigen dieser Erlebnisse als auch bei Gewalt- und Straftaten ist es wichtig, dass sich Betroffene an die Polizei wenden und dort Anzeige erstatten können. Ob davon Gebrauch gemacht und wie das Handeln der Polizei wahrgenommen wird, soll dieses zentrale Unterkapitel aufzeigen.

Zunächst zeigen die Befragungsergebnisse, wie hoch der Anteil der Befragten ist, die in den vergangenen fünf Jahren aufgrund ihrer sexuellen Orien-

terung oder geschlechtlichen Identität Opfer von Gewalt oder einer anderen Straftat geworden sind. Dieser liegt mit 18 % auf vergleichbarem Niveau mit Ergebnissen aus anderen Bundesländern (landesweite Befragung 2019 in Schleswig-Holstein: 16 % Betroffene; landesweite Befragung in Brandenburg 2017: ebenfalls jede*r Sechste betroffen; sowie Baden-Württemberg 2014: jede*r Sechste). Es bedeutet aber immer noch, dass fast jede*r fünfte befragte LSBTI* in nur fünf Jahren nach eigenen Angaben schwere Diskriminierung erlitten hat.

Wie auch in anderen Bundesländern und durchgehend durch diese Befragung zeigt sich, dass Trans* und Inter* häufiger betroffen sind als in diesem Fall insbesondere lesbische oder bisexuelle Befragte. Unter letzteren gibt rund jede*r Zehnte an, in den vergangenen fünf Jahren Opfer von Gewalt-

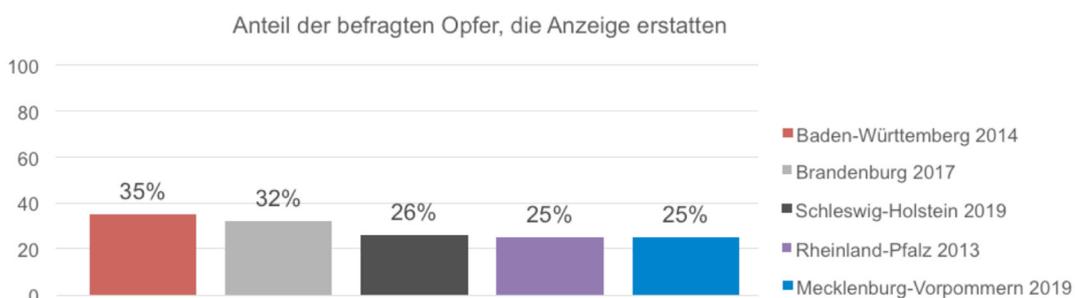


Abbildung 17: Anzeigequote im Bundesländervergleich; Fragewortlaut siehe oben. Dargestellte Antwortoptionen: Ja, und die Polizei und/oder Justiz / und/oder Anwalt*in eingeschaltet. N in Mecklenburg-Vorpommern = 73.



oder Straftaten geworden zu sein. Unter Trans* und Inter* ist es jede*r Vierte. Unterschiede zwischen Großstädten, Mittel- und Kleinstädten sowie Dörfern zeigen sich dagegen nicht.

Unter den Opfern wurde nachgefragt, ob sie die Straftat bei der Polizei, Justiz oder Anwält*innen angezeigt hätten – ein entscheidender Schritt in der Bekämpfung von Homo-, Bi- und Transphobie. Wenn Taten nicht zur Anzeige gebracht werden, können Täter*innen schwer identifiziert und Statistiken zur Hasskriminalität nicht aussagefähig geführt werden. Das Ergebnis: Nur jede*r vierte betroffene Befragte hat die in den letzten fünf Jahren erlebte Straftat zur Anzeige gebracht. Damit liegt das Ergebnis am unteren Ende der bundesländervergleichenden Skala, auf gleichem Niveau wie die ebenfalls in 2019 ermittelte Quote im Nachbarland Schleswig-Holstein.

Mögliche Gründe, warum sich Opfer nicht bei der Polizei oder Justiz melden, zeigt die folgende Abbildung. So befürchteten 59 % Diskriminierung durch die Polizei. Beinahe alle (90 %) befürchteten, von der Polizei nicht ernst genommen zu werden. Tatsächlich haben diese Erfahrung viele derjenigen, die Anzeige bei der Polizei erstattet haben, nach eigenen Angaben auch so gemacht: Nur 29 % von ih-

nen sagen, dass sie von der Polizei ernstgenommen worden wären. Für eine Mehrheit hat sich die Befürchtung nach eigenem Eindruck also bewahrheitet. Außerdem berichtet nur eine Minderheit (36 %) derjenigen Befragten mit Polizei-Erfahrung, dass ihr Fall sachlich und kompetent bearbeitet worden sei, ebenso viele fühlten sich respektvoll behandelt. Knapp die Hälfte (47 %) sagt aus, die Polizei habe ihre Anzeige nicht aufgenommen. Gründe dafür wurden nicht erfragt. Außerdem muss bei der Interpretation der Aussagen derjenigen, die Erfahrungen mit der Polizei schildern, beachtet werden, dass es sich hierbei absolut um lediglich 14 – 15 Befragte handelt. Dennoch geben deren Erfahrungen Anlass dafür, dass Verhalten und die Ausbildung von Polizist*innen zu überdenken.

Aus den wenigen offenen Angaben der Befragten mit Polizeikontakt lassen sich ein positives, wie zwei negative Beispiele anführen:

„Ich habe einen sog. Hasskommentar auf YouTube bei der Polizei angezeigt: Ein User postete u. A., dass Schwule in die Gaskammer gehören (...) Die Polizei hat die Anzeige aufgenommen und hat nach ca. 7 Monaten tatsächlich den Täter ermittelt. Die Staatsanwaltschaft hat die weitere Bearbeitung übernommen.“



Abbildung 18: Berichtete Erfahrungen mit vs. Befürchtungen gegenüber der Polizei; Fragewortlaut: „Welche Erfahrungen haben Sie bei der Bearbeitung Ihres Falls mit der Polizei gemacht?“ Abgebildete Antwortoptionen: „trifft voll und ganz zu“ / „trifft weitgehend zu“. N = 14 – 15. Sowie Frage „Warum haben Sie die Polizei / Justiz / Anwält*in nicht eingeschaltet?“ Abgebildete Antworten: „trifft voll und ganz zu“ / „trifft weitgehend zu“. N = 52 – 53.

„Man merkte schon das man Mensch 3. Klasse sei wurde auch an eine Frau verwiesen“

*„Ich habe einige problematische Erlebnisse mit Polizist*innen gemacht. Auch und vor allem hier in MV (weil ich hier leben und wohl die meiste Zeit verbringe). Selten habe ich Polizist*innen erlebt, die sich überhaupt mit dem Personenstandsrecht auskannten. Für diversgeschlechtliche Personen ist das dann eine besondere Herausforderung, weil diese Regelungen dazu noch recht neu ist, und Polizist*innen nicht gleich wissen, wie sie damit umzugehen haben.“*

Weitere, in der Abbildung nicht dargestellte Gründe gegen die Aufgabe einer Anzeige sind die vermutete Folgelosigkeit („Ermittlungen würden sowieso nichts bringen“: 89 % Zustimmung), hoher persönlicher Aufwand bei niedrigem erwarteten Nutzen (73 %), eine hohe Angst vor weiteren Repressalien durch die Täter*innen (von knapp zwei Dritteln / 62 % angegeben), Scham bzw. gefühlte Peinlichkeit des Vorfalls (55 %). Zwei Drittel geben an, sich schlicht nicht getraut zu haben. Gut der Hälfte (54 %) erschien die Tat nicht als strafrechtlich relevant. Angst vor einem ungewollten Outing spielte nur für eine Minderheit von 36 % eine Rolle. Sehr relevant hingegen: Für 73 % war einer der Gründe, dass sie keine geeignete Ansprechperson bei der Polizei gekannt hätten.

Neben dem konkreten Umgang mit LSBTI*-Opfern auf den Polizeistationen ist auf Basis der Ergebnisse auch eine proaktive, aufsuchende Information über Ansprechpersonen und Relevanz von Straftaten in der LSBTI*-Community sinnvoll.

6. Erfahrungen von Familien mit LSBTI*-Angehörigen in Mecklenburg-Vorpommern

Rein statistisch gesehen müssten in beinahe jeder Familie, mindestens im weiten Verwandtenkreis, schwule, lesbische, bisexuelle, queere, trans* oder inter* Familienmitglieder leben. Welche

Erfahrungen diese Familien, die beispielsweise einen schwulen Sohn, eine lesbische Schwester, ein Trans*-Elternteil oder einen queeren Cousin haben, in Mecklenburg-Vorpommern machen, das soll diese Befragung erstmalig landesweit erfragen. Die Antworten von über 120 Familien in diesem Kapitel geben sowohl Auskunft über die eigene Reaktion auf das Coming-Out des Familienmitglieds, als auch über Reaktionen anderer der Familie gegenüber.

Zunächst soll beschrieben werden, wie das Verwandtschaftsverhältnis aussieht. Welches Familienmitglied haben die befragten Angehörigen also gedanklich vor Augen, wenn sie die folgenden Antworten gegeben haben? Rund 22 % berichten über ihr eigenes Kind, beinahe genauso viele (21 %) über ein Geschwisterteil. Nur zwei Befragte (2 %) berichten über eines ihrer Elternteile, drei Befragte über den*die eigene Partner*in. Über diesen engen Familienkreis hinaus kommt beinahe ein Viertel der Familien-Befragten (24 %), die über eine*n LSBTI* Cousin*e Auskunft geben, sowie 10 % über Nichten/Neffen und 7 % über Onkel/Tanten. Die restlichen 10 % berichten über andere Verwandte.

Damit lässt sich die Gruppe der Familienangehörigen grob in zwei Klassen einteilen – knapp die Hälfte mit engen LSBTI*-Verwandten (v.a. Kind, Geschwister) und gut die andere Hälfte mit weitem LSBTI*-Verwandtschaftskreis.

Beinahe die Hälfte der LSBTI*-Familienmitglieder, über die berichtet wird, seien schwul, so die Befragten (46 %). Gut ein Drittel (34 %) gibt Auskunft über ein lesbisches Familienmitglied, weitere 9 % über bisexuelle sowie ebenfalls 9 % über pansexuelle, queere oder Verwandte, die sich in ihrer sexuellen Orientierung nicht festlegen möchten. Über Transgender-Verwandte berichten 14 befragte Familien (12 %), 6 berichten über transsexuelle Angehörige (5 %). Zwei Familien-Befragte geben divers als geschlechtliche Identität ihres*r Angehörigen an, 11 weitere sind sich nicht darüber sicher.

Welche Erfahrungen machen diese Familien mit ihrem Umfeld? Wird nicht nur ihr LSBTI*-Familien-

mitglied schief angeschaut, sondern auch sie oder sind sie als Familie akzeptiert? Gut je ein Drittel der befragten Familien sagt zunächst, dass ihr LSBTI*-Familienmitglied in den vergangenen fünf Jahre negative Erfahrungen gemacht habe (37 %), während dies von einem anderen Drittel verneint wird (33 %), 30 % sind sich nicht sicher über die Erlebnisse.

Auf die Frage, ob sie selbst oder andere Mitglieder der Familie als Angehörige ihres schwulen / lesbischen / bisexuellen / queeren / trans- oder intergeschlechtlichen Familienmitglieds in den letzten 5 Jahren aufgrund seiner*ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität negative Erfahrungen gemacht haben, antwortet eine große Mehrheit von 70 % mit nein. Jede fünfte Familie (20 %) antwortet mit ja, hat also selbst negative Erfahrungen gemacht. Zu den häufigsten berichteten negativen Reaktionen auf die Familien gehören: nicht ernst genommen werden, lächerlich gemacht werden, aus einer Gruppe ausgeschlossen werden, als Familie beleidigt werden.

Die häufigsten Orte dieser negativen Erlebnisse sind der Freizeitbereich (31 % der Familien haben dort mehrmals negative Erfahrungen in den vergangenen fünf Jahren gemacht), der öffentliche Raum und Verkehrsmittel (25 %) sowie die Schulen (17 %). Ein anderer Fragebogenkomplex befasst sich mit den Reaktionen innerhalb der Familie, insbesondere auf das Coming-Out. Die Antworten fallen, wenig überraschend, je nach Verwandtschaftsstatus unterschiedlich aus. Beispielsweise sagen 26 % der Eltern, eine ihrer ersten Reaktionen auf das Coming-Out ihres Kindes sei die Befürchtung gewesen, keine Enkelkinder zu bekommen. So werden die folgenden Ergebnisse getrennt nach engen versus entfernten Verwandten berichtet.

Der Mehrheit der antwortenden Familien hat sich für ihr Familienmitglied beim Coming-Out gefreut – 66 % der engen Verwandten und 71 % der entfernten Verwandten sagen dies. Genauso viele meinen, das Outing ihres*r Angehörigen neutral und ohne große Bestürzung zur Kenntnis genommen zu haben. Auf der anderen Seite gibt es auch

Reaktionen auf das Coming-Out fallen gemischt aus

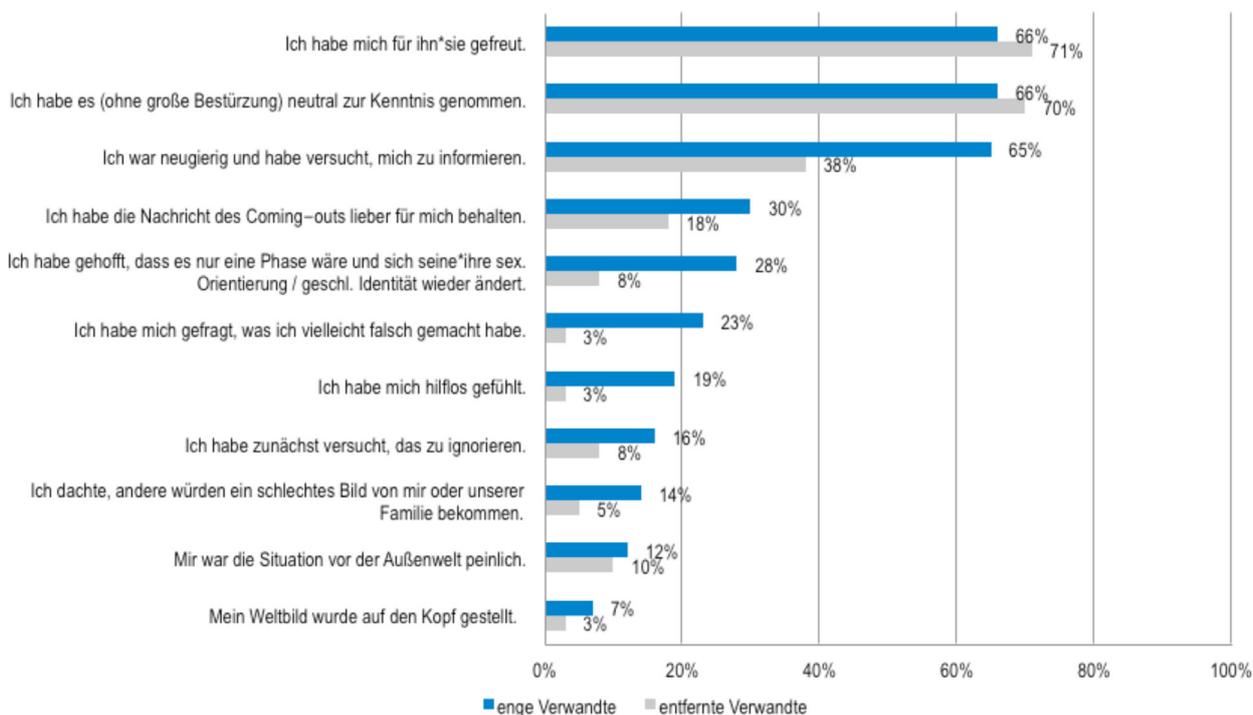


Abbildung 19: Reaktionen auf ein Coming-Out in der Familie aus Sicht der Familie; Fragewortlaut: „Können Sie sich noch erinnern, wie Ihr erster Gedanke, Ihre erste Reaktion auf das Coming-out Ihres Familienmitglieds ausfiel?“ N = 72 – 85.



eine Reihe erster Reaktionen, die bei einer Minderheit der Befragten – je nach Ausprägung bei jedem*r Zehnten bis Dritten – verhalten bis negativ ausfällt. Ein Beispiel ist der Wunsch, die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität des geouteten Familienmitglieds würde sich noch ändern und sei nur Teil einer vermeintlichen Phase – ein Wunsch, den 28 % der befragten engen Verwandten äußern. Knapp jede*r vierte enge Verwandte sucht eine Schuld bei sich, jede*r Fünfte habe sich hilflos gefühlt.

Neben dem Gefühl der Hilflosigkeit bei einigen äußert eine Mehrheit der befragten Familien ein Informationsbedürfnis im Nachgang des Coming-Outs (65 % der engen, 38 % der entfernten Verwandten). Daher wurde auch gefragt, wo sich die Familien Beratung und/oder Information geholt haben.

Das Ergebnis: Die meisten befragten Familien informieren sich wenig überraschend im Internet (42 %). Nur die wenigsten, die Informations- oder Beratungsbedarf haben, finden hier keine hilfreichen Hinweise (3 %). Auf Rang zwei und drei landen Informationen aus Büchern bzw. Literatur sowie Tipps aus dem Bekanntenkreis. Jede*r Fünfte hat nach eigenen Angaben aber auch Anlaufstellen für LSBTI* aufgesucht. In gleichem Maße haben Famil-

ien Beratung in der Schule gesucht, ebenso wie bei Ärzt*innen. Familienbildungsstätten wurden von 15 % der Befragten aufgesucht.

Die Zahlen (wenn auch mit Vorsicht bei geringen absoluten Fallzahlen) geben auch Auskunft darüber, wo Familien von LSBTI* in Mecklenburg-Vorpommern Beratung gewünscht hätten, aber keine Angebote gekannt oder vorgefunden haben. Hier wünscht sich jede*r Fünfte Beratung in den Schulen. Auch Familienbildungsstätten (13 %) und Anlaufstellen für LSBTI* im Land haben noch ungedeckte Nachfrage (10 %).

Neben der ersten Reaktion und Informationssuche nach dem Coming-Out wurde auch gefragt, ob sich die Einstellung gegenüber dem Coming-Out in der Familie mit der Zeit geändert habe, wie also der heutige Blick darauf sei. Die Antworten der befragten Familien zeigen, dass eine ganz große Mehrheit von über 90 % das Outing für den richtigen Schritt ihres Lsbti*-Familienmitglieds hält. Auch die Aussage, jede*r solle so leben, wie er*sie es für richtig hielte, findet große Zustimmung. Dass ihnen das Coming-Out ihres Angehörigen persönlich nicht mehr peinlich sei, sagen 72 % der engen Verwandten. Gut einem Viertel scheint dies noch peinlich zu sein.

Internet als Hauptinformationsquelle für Angehörige, teilw. ungedeckte Beratungsbedarfe in Familienbildungsstätten, Schulen und LSBTI*-Anlaufstellen

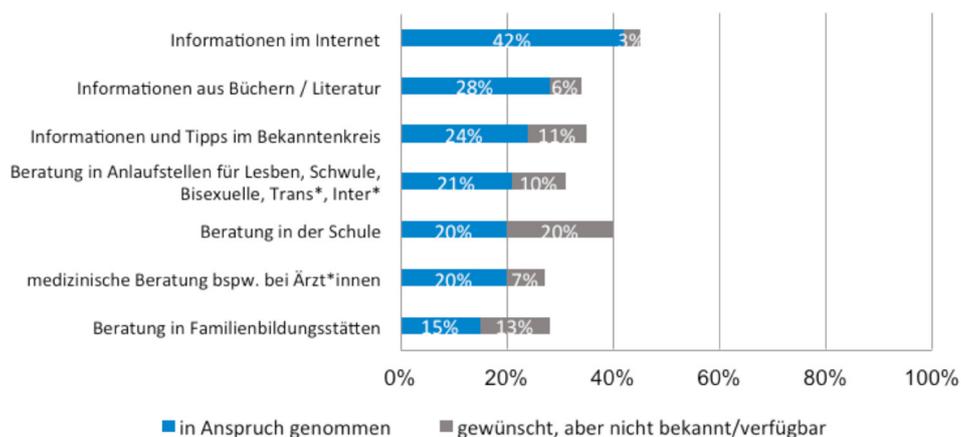


Abbildung 20: Nutzung von Informations- und Beratungsangeboten durch Angehörige; Fragewortlaut: „Haben Sie nach dem Outing mehr Informationen zum Umgang mit dem Thema gewünscht oder gesucht?“ Antwortoptionen „nein, kein Bedarf, keine Zeit“ (nicht abgebildet), „nein, aber hätte ich mir gewünscht (keine Angebote vor Ort, keine Anlaufstellen bekannt)“ (in grau abgebildet), „ja“ (in blau abgebildet). N = 65 – 71.



Mehrheitliche sehr positive Sicht auf das Coming-Out nach einiger Zeit

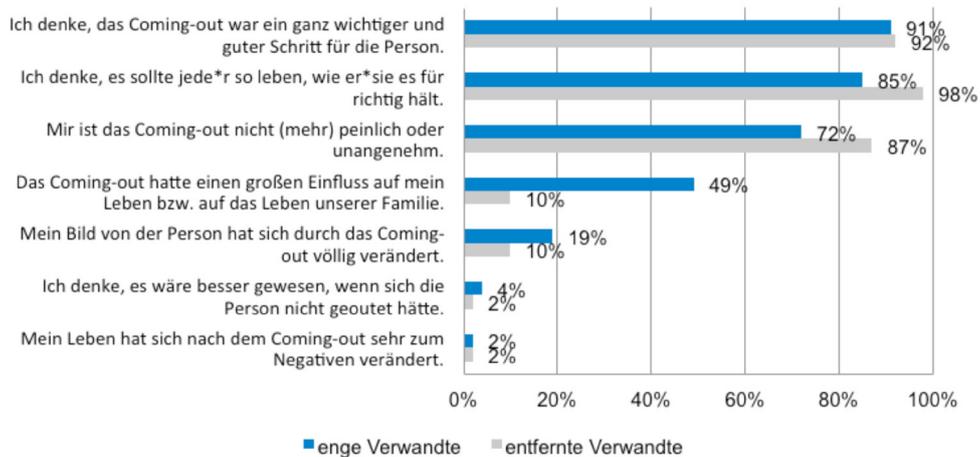


Abbildung 21: Heutige Sicht auf das Coming-Out des Familienmitglieds; Fragewortlaut: „Und wie sehen Sie das Coming-out Ihres Familienmitglieds heute?“ N = 80 – 85.

Interessant ist, dass rund die Hälfte der engen Verwandten angibt, das Coming-Out ihres Familienmitglieds habe großen Einfluss auf ihr bzw. das Leben der Familie gehabt. Die weiteren Antworten zeigen, dass dieser Einfluss in der Regel positiv wahrgenommen wird. So sagt eine absolute Minderheit von 4 %, es wäre besser gewesen, ihr Familienmitglied hätte sich nicht geoutet, und 2 % meinen, ihr Leben habe sich dadurch zum Negativen verändert.

In der Summe lässt sich damit sagen, dass ein Outing im Familienkreis nach einiger Zeit in den meisten Fällen sehr positiv betrachtet wird.

7. Einstellungen der Allgemeinbevölkerung zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern

Welche Einstellungen haben Bürger*innen in Mecklenburg-Vorpommern, die keine eigenen und familiären Berührungspunkte zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt haben? Sind sie mehrheitlich aufgeschlossen und akzeptierend, oder bestehen weiterhin moralische Vorbehalte? Und macht es einen Unterschied, wenn nach Einstellungen gegenüber sexueller Orientierung oder gegenüber geschlechtlicher Identität gefragt wird?

Die Antworten, die dieses Kapitel liefert, sind nicht repräsentativ für die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns (siehe auch Kapitel 2). Mangels einer landesweiten Repräsentativbefragung geben sie dennoch erste Tendenzen, wie die Befragten, die der Fragebogen-Link erreicht hat, denken. Gut 400 Befragte haben hier Auskunft gegeben. Außerdem hilft die Untersuchung der Einstellungen zu beurteilen, wie die im nächsten Kapitel zur Evaluierung des Landesaktionsplans gegebenen Antworten einzuordnen sind.

In den allgemeinen Einstellungsfragen zeigt sich mehrheitlich eine große Aufgeschlossenheit. So würde es 87 % der Befragte nicht stören, wenn Betreuende in der KiTa homosexuell seien. Auch würden 82 % der Befragten eingreifen, wenn sie sähen, dass ein schwuler Jugendlicher auf der Straße von anderen beschimpft würde – ein hohes Maß an selbstberichteter Zivilcourage. Drei Viertel der Befragten würden homosexuelle Nachbarn begrüßen. Zwei Drittel sprechen sich für eine stärkere Thematisierung unterschiedlicher Orientierungen im Schulunterricht aus. Interessant ist, dass in der Frage mit dem engsten persönlichen Bezug die Einstellungen am negativsten ausfallen. So zeigen viele heterosexuelle Befragte Vorbehalte, wenn sie selbst von neuen Bekannten oder Arbeitskolleg*innen für schwul oder lesbisch gehalten

Mehrheitlich positive Einstellungen der Befragten in der Allgemeinbevölkerung

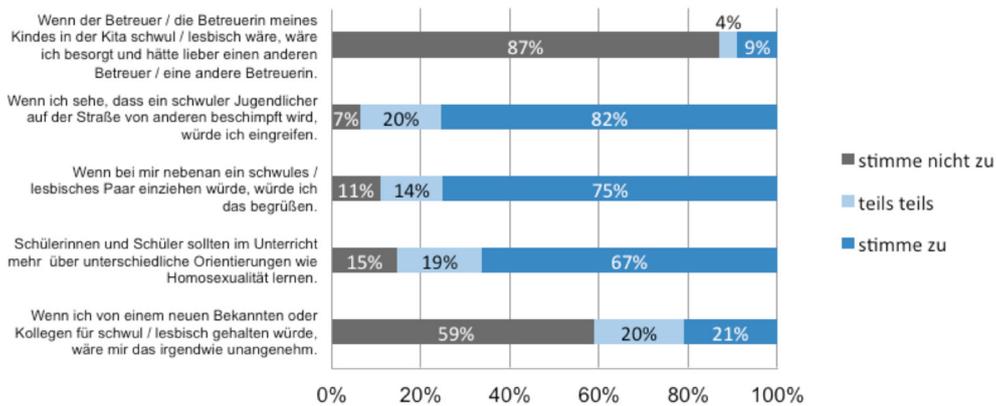


Abbildung 22: Einstellungen der Befragten aus der Allgemeinbevölkerung; Fragewortlaut: „Sie haben angegeben, dass weder Sie, noch eines Ihrer Familienmitglieder schwul, lesbisch, bisexuell, queer, trans* oder inter* ist. Wir möchten Ihnen als Teil der Mehrheitsgesellschaft daher einige weitere Fragen stellen – herzlichen Dank für Ihre anonymen Angaben. Zunächst: Bitte sagen Sie uns zu folgenden Aussagen, ob Sie ihnen eher zustimmen oder sie eher ablehnen.“ N = 389 – 411.

würden – nur 59 % wäre dies nicht unangenehm, mehr als jedem Fünften (21 %) schon.

Außerdem wurden je zwei Einstellungsfragen speziell zu sexuellen Orientierungen (mit Fokus auf Homosexualität) sowie zu geschlechtlichen Identitäten (mit Fokus auf Transsexualität) gestellt. Die Antworten lassen keine Tendenz ablesen, ob nun sexuelle Orientierung gegenüber geschlechtlicher Identität grundsätzlich auf höhere Akzeptanz trifft oder umgekehrt. So sind zwar 16 % der Befragten aus der Allgemeinbevölkerung der An-

sicht, das Geschlecht zu ändern, sei wider die Natur, weitere 12 % stimmen dem teilweise zu. Auf der anderen Seite sagen nur 6 %, Trans* sollten unter sich bleiben. Immerhin 15 % der Befragten meinen, dass Kinder nicht in homosexuelle Beziehungen passten, während eine große Mehrheit von 78 % dem widerspricht. Mehrheitlich akzeptieren sie die große Vielfalt an Familienformen, wie sie in diesem Bericht im Kapitel Familie aufgezeigt wurde. Ebenfalls stört es eine Mehrheit von 78 % nicht, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen.

Eine Minderheit mit Vorbehalten gegenüber Geschlechtsangleichung und homosexuellen Eltern

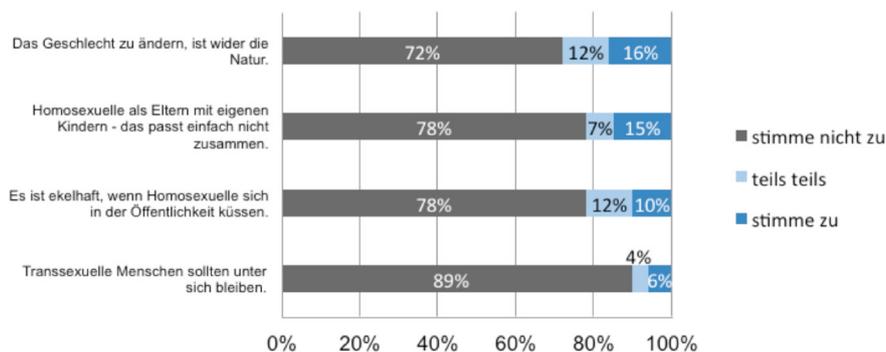


Abbildung 23: Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aus Sicht der Befragten in der Allgemeinbevölkerung; Fragewortlaut: „Bitte sagen Sie uns zu folgenden Aussagen, ob Sie ihnen eher zustimmen oder sie eher ablehnen.“ N = 405 – 409.



Was soll aus Sicht der Befragten in der Allgemeinbevölkerung zum Thema Akzeptanz von LSBTI* unternommen werden? Auf die Frage, „Was denken Sie: Wie könnte es gelingen, die Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern noch besser über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aufzuklären?“ gibt es – unter drei abgefragten Optionen – einen klaren Favoriten: Knapp drei Viertel (74 %) sehen einen Aufklärungsauftrag in den Schule. Sie stimmen zu, dass bessere Aufklärung der Gesellschaft gelinge, „indem an den Schulen in allen Fächern die Vielfalt unserer Gesellschaft besser abgebildet wird“. Knapp die Hälfte (49 %) hält einen Aktionsplan der Landesregierung für ein sinnvolles Instrument. Eine landesweite öffentliche Kampagne erhält mit 57 % etwas mehr Zustimmung.

Aber wie stehen die Befragten selbst zum Thema Aufklärung, wenn es um ihr eigenes Wissen geht? Gefragt, ob sie selbst überhaupt mehr über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wissen möchten, antworten eine große Mehrheit der Befragten mit ja: Nur 17 % möchten keine Informationen, weitere 16 % teilweise nicht. Über was die Befragten mehr wissen möchten, gibt es ein differenziertes Meinungsbild. So hat nur eine knappe Minderheit Interesse an persönlichen Beispielen und Lebensgeschichten von Lesben, Schwulen, Bisexuelle, Trans* und Inter*.

Größeres Interesse besteht an Berichten über Benachteiligungen von LSBTI*. Zwei Drittel der Befragten aus der Allgemeinbevölkerung wären hieran interessiert. Beinahe genauso viele (63 %) möchten erfahren, wie sie sich für eine offene Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern einbringen können – ein großes selbstberichtetes Potential für bürgerschaftliches Engagement in diesem Themenfeld. Reines Faktenwissen über geschlechtliche Identität (Trans- und Intersexualität) wünschen sich gut die Hälfte der Befragten (54 %).

Dieses Faktenwissen und Wissen um bestehende Benachteiligungen könnten damit Bausteine einer Kampagne sein, die interessierten Bürger*innen aber auch Wege aufzeigen sollte, sich für eine offene Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen zu können.

8. Evaluierung des Landesaktionsplans für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern

In diesem Kapitel wird die Sicht der Befragten auf Maßnahmen der Landesregierung, insbesondere auf den Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern geschildert Zu-

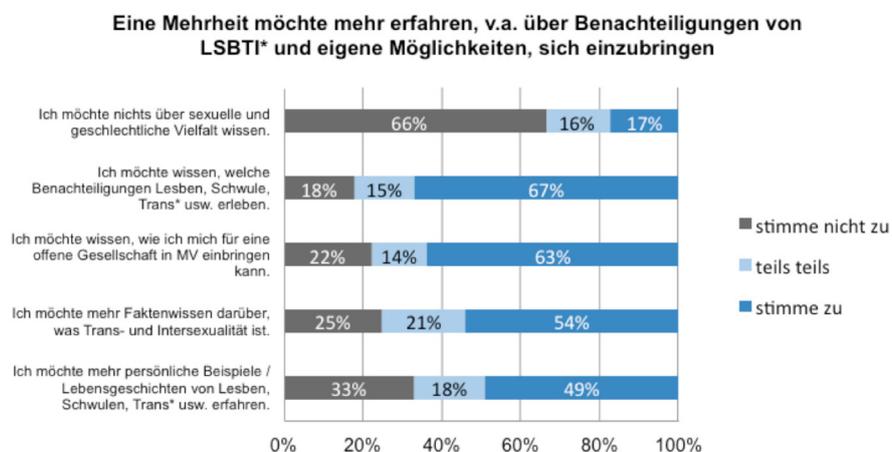


Abbildung 24: Informationswünsche über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Allgemeinbevölkerung; Fragewortlaut: „Und welche Art von Informationen oder Aktionen wünschen Sie sich persönlich?“ N = 367 – 373.

nächst geht es um die allgemeine Frage, wie der Einsatz der Landesregierung für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den drei Befragtengruppen eingeschätzt wird. Es folgen konkrete Fragen zur Bekanntheit des Landesaktionsplans, fünf Jahre nach seinem Inkrafttreten, sowie nach möglichen Zielen für eine Fortschreibung oder für anderweitig gewünschte Maßnahmen.

Wie sehen die unterschiedlichen Zielgruppen der Befragung, zum einen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Pansexuelle / Queere sowie Trans* und Inter*, zum anderen deren Angehörige sowie drittens Bürger*innen ohne familiären Bezug zu LSBTI* die Tätigkeit der Landesregierung im Bereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt? Die Antworten auf die Globalfrage „Unternimmt die Landesregierung MV Ihrer Meinung nach genug für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen“ fällt überraschend konsonant aus, mit überschaubaren Meinungsunterschieden der unterschiedlich Betroffenen.

Eine deutliche Mehrheit (61 %) aller Befragten sagt, die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns tue zu wenig für die Akzeptanz von LSBTI*. Unter den befragten LSBTI* sagen dies sogar 72 %, unter Trans* und Inter* sind es 82 %. Aber auch unter den befragten der Allgemeinbevölkerung ist dies mit

52 % mehrheitsfähig. Nur 10 % von ihnen sagen, die Landesregierung tue zu viel in dieser Sache. Insgesamt sind dieser Ansicht 5,5 % aller Befragten. Ein Drittel aller ist zufrieden mit dem Status Quo – die Landesregierung tue aktuell genug für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Insgesamt, so die Einschätzung der Befragten, könne die Landesregierung also mehr tun. Sind diesen Befragten dabei die aktuellen Maßnahmen des Landesaktionsplans für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern bekannt?

8.1 Sicht der Befragten auf den Landesaktionsplan

Bei der Einschätzung der Bekanntheit von Regierungsprogrammen und Landesmaßnahmen sollte man berücksichtigen, dass diese in aller Regel vielen Bürger*innen – sei es mangels täglicher Beschäftigung damit oder geringer persönlicher Relevanz – wenig bekannt sind. Die Ergebnisse dieser Befragung zeigen: Die Bekanntheit des Aktionsplans für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern ist vergleichsweise hoch: 38 % aller Befragten sagen, sie kennen diesen, darunter 7 % „sehr gut“. Einer Mehrheit von 59 % aller Befragten sagt der Aktionsplan erwartungsgemäß nichts.

Überraschend gelten diese Verteilungen nicht nur für die befragten LSBTI*, sondern mit nur geringen Prozentpunkten Differenz auch für die Befragten aus der Allgemeinbevölkerung. Lediglich die Familienangehörigen von LSBTI* kennen den Landesaktionsplan deutlich seltener (3 % gut, 19 % vage, 72 % nicht, restliche 6 %: weiß nicht).

Neben dem Aktionsplan als Ganzem wurde auch nach der Kenntnis ausgewählter Maßnahmen gefragt. Die höchste Bekanntheit erzielt die Maßnahme, „Ansprechbarkeit der Opferschutzbeauftragten für LSBTI* der Polizei MV“: 30 % der Befragten geben an, diese zu kennen. Ebenfalls relativ bekannt sind (bei 27 % aller Befragten) Antidiskrimi-



Abbildung 25: Bewertung des Engagements der Landesregierung für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt; Fragewortlaut: „Unternimmt die Landesregierung MV Ihrer Meinung nach genug für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen?“ (Fallzahl = 983 Befragte, LSBTI*, Angehörige sowie Mehrheitsgesellschaft). N = 893.

CSDs am bekanntesten

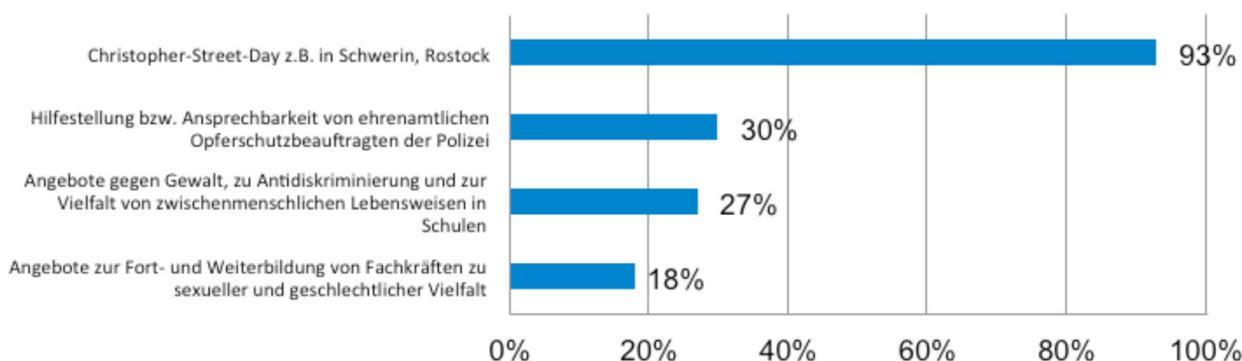


Abbildung 26: Bekanntheit einzelner Maßnahmen; Fragewortlaut: „Sind Ihnen folgende Maßnahmen des Landesaktionsplans bekannt oder kennen Sie diese nicht?“ Antwortoptionen: „kenne ich“ (abgebildet), „kenne ich nicht“, „Weiß nicht“. N = 808 – 837

nierungsangebote an Schulen. Beide Maßnahmen fallen in ihrer Bekanntheit aber deutlich ab gegen die Bekanntheit von (nicht auf den Landesaktionsplan zurückgehende) Christopher-Street-Days – 93 % aller Befragten kennen CSDs wie in Schwerin oder Rostock.

Welche Ziele soll ein Aktionsplan der Landesregierung für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, sei es der Aktionsplan in seiner jetzigen Form oder in einer denkbaren zukünftigen Fortschreibung, aus Sicht der Bürger*innen wie der Community verfolgen?

Generell kann festgestellt werden, dass die Wichtigkeit der Ziele von einem breiten Konsens aller Befragten, nicht nur befragter LSBTI*, getragen wird. Keines der abgefragten Ziele (siehe unten) wird von weniger als 80 % aller Befragten befürwortet. So scheint es auch stimmig, dass 92 % der Befragten meinen, Antidiskriminierungsarbeit gegen Homo-, Bi- und Transphobie solle eine politische Querschnittsaufgabe der gesamten Landesregierung und in ihrer Arbeit ein selbstverständlicher Bestandteil sein.

Unter den möglichen Zielen eines (neuen) Aktionsplans erhält die Aussage, die Landesregierung solle sicherstellen, dass LSBTI* ohne Angst vor Übergriffen in Mecklenburg-Vorpommern leben können, von 97 % aller Befragten die höchste Zustimmung. Auf Rang zwei folgt das Ziel, alle

im Gesundheitswesen tätigen Personen sollten Fachwissen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt vorweisen (94 % aller Befragten). Ebenfalls über 90 % Zustimmung erhält das Ziel, altersgerecht in den Schulen aufzuklären.

An die gesamte Landesregierung gerichtet ist auch das Ziel, als Arbeitgeberin gegenüber ihren eigenen Beschäftigten Vorbild bei der Akzeptanz von LSBTI* zu sein. 81 % halten es aber auch für wichtig, dass der Landesaktionsplan aufzeigen solle, was jede*r einzelne Bürger*in im Land für das Thema tun kann, nicht allein die Landesregierung.

Neben den abgefragten Optionen konnten die Teilnehmenden auch eigene Vorschläge machen, was Sie „von einem (neuen) Aktionsplan der Landesregierung MV erwarten, der sich für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt einsetzt“. Die Übersicht zeigt exemplarisch für die Vielzahl der Antworten, welche unterschiedlichen Ideen die Befragten hierzu geäußert haben, nicht nur zu inhaltlichen Zielstellungen, sondern auch grundsätzlich zur Unterlegung und Umsetzung eines solchen Aktionsplans:

„(erneute) Signalgebung durch Aktionsplan, das Thema wichtig und ernst zu nehmen - durch Vorbildwirkung der Landesregierung - schrittweise veränderte Einstellung in der Bevölkerung in Richtung Toleranz, Akzeptanz“

Breiter Konsens bei den Zielen eines Landesaktionsplans

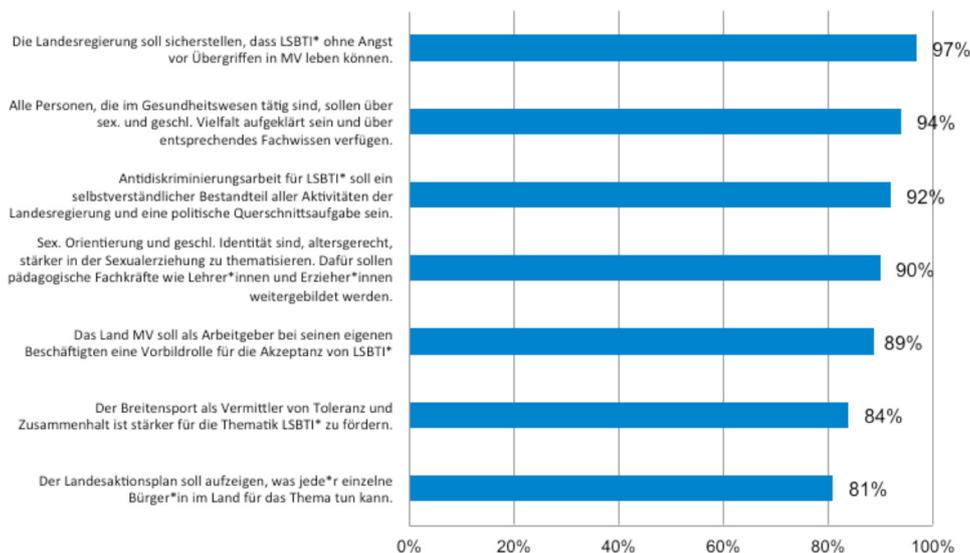


Abbildung 27: Wichtigkeit von Zielen eines Landesaktionsplans; Fragewortlaut: „Und was wären aus Ihrer Sicht die wichtigsten Ziele und Schwerpunkte eines solchen Landesaktionsplans für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in MV?“ Antwortoptionen „wichtig“, „eher wichtig“ (beides hier summiert dargestellt), „eher unwichtig“, „unwichtig“. N = 802 – 836.

„keine Problembezogenheit - Aufzählen der Dinge, die gut gelingen: mehr davon bitte!!!! - das, was drin steht, bitte praktisch umsetzen, auch auf Regierungsebene: handeln! d.h. Ämter und Posten mit genau den Menschen besetzen, die mit solchen Aktionsplänen unterstützt werden sollen; nicht nur gesetzlich anregen, sondern auch (er) lebbar machen“

„Die Lebensfelder beackern, die tatsächlich wenig mit Diversität anfangen können: Handwerker und Arbeitermilieu, Geschäftsleute, Landwirtschaft. Eine Haltung fördern, die ein Staunen „Was es alles gibt!“ mit Gelassenheit im Umgang miteinander ermöglicht.“

„Aufbau einer Antidiskriminierungsstelle in der Landesregierung, Einordnung des Arbeitsfeldes LSBTI* in diese ADS mit entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung (mind. 2 Vollzeitstellen), Fortschreibung des LAP Vielfalt und Bereitstellung eines Finanzvolumens für die Umsetzung der Maßnahmen“

„Der Aktionsplan sollte in andere Aktivitäten gut eingebettet werden, ohne dass die Les-

ben, Schwulen, Bissexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen in irgendeiner Weise herausgehoben werden oder einen Sonderstatus erhalten“

„Lebenssituation von lsti Personen im ländlichen Raum wahrnehmen --> Finanzierung für lokale Strukturen - Lebenssituation von migrantischen lsti Personen wahrnehmen / Selbstorganisationen stärken - Lebenssituationen von lsti Personen mit Behinderung einbeziehen“

„Er sollte unaufdringlich sein. Es sollte nämlich darum gehen, die Menschen aufzuklären und Skeptiker bzw. Totalverweigerer an das Thema behutsam heranzuführen. Alles in Allem sollte die Gesellschaft durch solche Maßnahmen ein bisschen schöner werden und nicht eine Gruppe von Leuten mit politisch motiviertem Aktionismus auf Stimmenfang gehen.“

Neben diesen grundsätzlichen Zielen eines Aktionsplans wurden im Folgenden auch konkrete Verbesserungswünsche und einzelne Aktionen kommentiert.



8.2 Verbesserungswünsche aus Sicht der Befragten

Konkreter als Ziele eines Aktionsplans sind einzelne Aktionen, die die Befragten als für die Zukunft wichtig oder unwichtig bewerten konnten. Sie richten sich auch nicht ausschließlich an die Landesregierung und müssen nicht zwangsläufig Teil eines Aktionsplans sein. Vielmehr wird in diesem Abschnitt ganz allgemein gefragt, was es aus Sicht der Befragten für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu verbessern gilt und welche Angebotswünsche sie haben. Hier fällt das Meinungsbild zwischen LSBTI* und Allgemeinbevölkerung etwas differenzierter aus als bei der Frage nach den Zielen. So schätzen die befragten LSBTI* die Wichtigkeit aller Maßnahmen beinahe durchgängig höher ein.

Auf Rang 1 unter LSBTI* liegt der Wunsch nach mehr Bildungsangeboten und Aufklärungsbesuchen in Schulen. Dem stimmen auch 79 % der Befragten aus der Allgemeinbevölkerung zu. Für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter*, die hier Antworten gegeben haben, sind Begegnungsgelegenheiten

(94 % Zustimmung) sowie Selbsthilfegruppen (91 %) und auch Aktionen speziell für ältere LSBTI* (92 %) mehrheitlich sehr wichtig. Deutlich wichtiger als den Befragten aus der Mehrheitsgesellschaft ist ihnen auch die politische Interessenvertretung (93 % Zustimmung unter LSBTI*) – was wenig überraschend ist, zumal viele befragte LSBTI* aus organisierten Interessenvertretungen stammen (siehe Beschreibung der Stichprobe).

Auf dem letzten Rang liegen mit 44 %, respektive 45 %, mehr religiöse Veranstaltungen für mehr Vielfalt. Auch landesweite Plakataktionen sind, wie schon vorherige Kapitel gezeigt haben, für viele Befragte nicht die erste Wahl.

Dafür haben die Umfrage-Teilnehmenden über 1.000 selbst formulierte Wünsche abgegeben, was sie sich an Aktionen in Mecklenburg-Vorpommern wünschen. Inhaltlich dominieren Aussagen zur Aufklärung an Schulen deutlich. Viele Antworten betonen auch, wie wichtig inklusive Angebote sind, die sich nicht nur auf die Gruppe der LSBTI* beziehen, sondern den Austausch mit der Mehrheitsgesellschaft fördern.

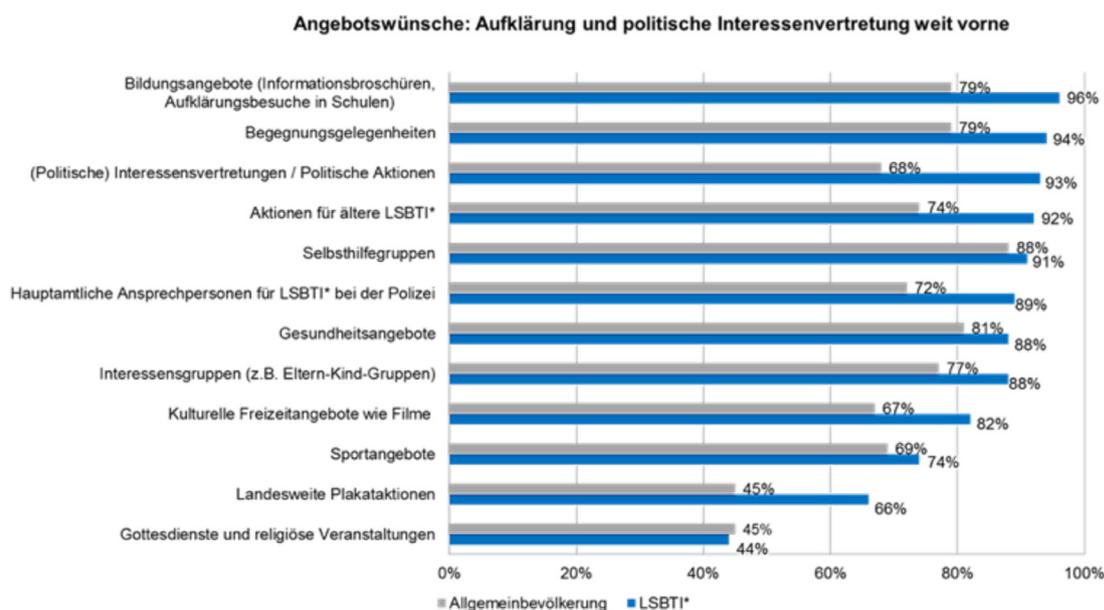


Abbildung 28: Angebotswünsche für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt; Fragewortlaut: „Welche Aktionen und Angebote wünschen Sie sich zukünftig verstärkt, um echte Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten in Mecklenburg-Vorpommern zu erleben und sichtbar zu machen?“ N = 742 – 805.



An dieser Stelle kann nur ein Auszug aus dem breiten Themen- und gewünschtem Angebotsspektrum aufgezeigt werden:

„Bildungseinrichtungen von der Kita bis zu Uni, Lehrmaterialien und Lehrpläne fächerübergreifend so gestalten, das LSBTIQ und deren Lebensrealitäten unaufgeregt sichtbar und akzeptiert sind - inklusive Vorbereitung auf Arbeiten im Öffentlichen Dienst, im medizinischen oder pflegerischen Bereich“

*„Beratungsstellen NUR für trans*Menschen. Keine Vermischung von Homo, bi und trans. Pflichtunterricht mit dem Inhalt von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in den Grundschulen. WEITERBILDUNGSMOGLICHKEITEN für Kita- und Schulpersonal. Elternstammtisch, Kindertreffen.“*

„Wissen über inter und trans* sollte unbedingt stärker im Medizinstudium verankert werden“*

„Verbindliche standardisierte Module zu LGBTIQ in der Aus- und Weiterbildung aller Berufe, insbesondere in Erziehung-, Bildungs- und Gesundheitsberufen sowie in allen Ämtern und öffentlichen Berufen (Polizei, Justiz etc.)“*

„Jeder ist richtig wie er ist. Diese Haltung soll von Anfang an in den Familien, Kinderbetreuungseinrichtungen, in Schulen, im Sport, in allen Bereichen des Lebens vorhanden sein. Besonders für Kinder und Jugendliche muss es leichter gemacht werden, sich ohne Diskriminierung, Ängsten zu entwickeln. Sie müssen mehr geschützt werden, denn bereits geringste negative Erfahrungen können Traumata verursachen, die immer wieder zu Retraumatisierungen führen können.“

„Sicherlich wären Angebote für ältere Schwule/Lesben/Div. sinnvoll: Förderung lokaler

Vereine und kultureller Angebote, Förderung von Wohngruppen/Wohngemeinschaften und Sensibilität in der Pflege für alte „queere“ Menschen.“

„LSBTI Personen (lebende und tote) und deren Engagement gehören öffentlich gewürdigt. Ich wünsche mir, dass man in MV stolz ist, z.B., dass der Mensch, der als erstes Homosexualität in einem deutschsprachigen Roman thematisiert hat, aus Rostock kam (Adolf von Wilbrandt) oder dass wir in MV mit dem Queer-FilmFest Rostock das EINZIGE queere Filmfest in ganz Ostdeutschland haben und dass nun schon seit über 10 Jahren.“*

„Aktionen und Impulse rund um die All-Gender-Toilette - gendersensibles Sprachhandeln, vor allen in Publikationen und Behördenpost (auch „auf dem Land“!)“

„Auch LGBTQ+ People of Color / Menschen mit Migrationshintergrund sollten integriert werden, z.B. fremdsprachige Hilfe- und Beratungsangebote und anti-Diskriminierungsmaßnahmen, da diese Menschen doppelt oder mehrfach diskriminiert werden. Das gilt auch für Frauen, Menschen mit Behinderung und alte Menschen oder Menschen, die mehrere dieser Merkmale aufweisen. Mehrfachdiskriminierung ist ein großes Problem und sollte nicht ignoriert werden.“

9. Zusammenfassung und Einordnung der Ergebnisse

Diese im Herbst 2019 durchgeführte Online-Befragung hat Einstellungen und Erfahrungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Pansexuellen / Queeren, Trans* und Inter* (LSBTI*) sowie deren Familienangehörigen und schließlich von Befragten aus der Allgemeinbevölkerung zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in M-V untersucht.

In allen drei Zielgruppen kann das erhobene Meinungsbild nicht repräsentativ sein, da die Teilnahme an der Studie selbstrekrutierend war. Dennoch bilden die Ergebnisse für die Gruppe der LSBTI* die breiteste Datengrundlage in Mecklenburg-Vorpommern bislang und sind in Abgleich mit ähnlichen Befragungen in anderen Bundesländern mit einigen Abstrichen aussagekräftig. Die Abstriche beziehen sich insbesondere auf das junge Durchschnittsalter der befragten LSBTI* und den überproportionalen Anteil in Wohnorten über 50.000 Einwohner*innen, sodass junge und großstädtische Meinungen in den Ergebnissen überrepräsentiert sind. Eine Gruppe, die zum ersten Mal quantitativ untersucht wurde, sind die Familienangehörigen von LSBTI* im Land.

Insgesamt lassen sich die Ergebnisse dieser Befragung in drei Bereiche werten: erstens Ergebnisse, die positiv stimmen; zweitens solche, die Benachteiligungen aufdecken und zu Verbesserungen anregen; und drittens solche, die weiterer Untersuchung bedürfen.

Positive Ergebnisse, die Erreichtes verdeutlichen

Zunächst sticht die hohe Zufriedenheit der befragten Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Pansexuellen und Queeren heraus. Auf die Frage, ob sie sich als solche in Mecklenburg-Vorpommern wohl fühlen, antworten knapp zwei Drittel der LSBTI* (genau 63 %) mit zufrieden oder sehr zufrieden. Dies gilt weniger für befragte Trans* und Inter* (zu ihrer Lage siehe weiter unten).

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Land präsent sind. Die meisten befragten LSBTI*, fast drei Viertel (72 %), leben vollkommen offen, während jede*r Fünfte zumindest im engen Vertrautenkreis über die eigene sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität sprechen kann. Nur 7,5 % leben ungeoutet. Auch wenn hierzu keine Vergleichszahlen vorliegen, so scheint dieser Anteil versteckt Lebender deutlich geringer als noch vor ein bis zwei Jahrzehnten.

In einigen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens wird von den Befragten ein besonders positives und offenes Klima wahrgenommen. So im Gesundheitswesen: Hier sagen knapp zwei Drittel der befragten LSBTI*, dass sie ein offenes Klima wahrnehmen, sich jederzeit vor dem medizinischen Personal outen könnten (63 %) und dass ihre Angehörigen ganz selbstverständlich akzeptiert werden (64 %).

Bereiche, in denen vergleichsweise wenige befragte LSBTI* negative Erfahrungen machen, sind Kultur (nur 9 % machten hier Diskriminierungserfahrungen in den vergangenen fünf Jahren), Religion (10 %) sowie Sport (17 %).

In einem weiteren zentralen biografischen Abschnitt, der Berufs- und Arbeitswelt, gibt zwar immerhin knapp jede*r Dritte befragte LSBTI* an, in den letzten fünf Jahren Diskriminierung erfahren zu haben. Dabei schneidet der öffentliche Dienst mit 29 % im Durchschnitt nur geringfügig besser ab als die freie Wirtschaft mit 31 %. Tendenziell lassen die Ergebnisse jedoch erkennen, dass der öffentliche Dienst für Trans*-Personen in Mecklenburg-Vorpommern diskriminierungsärmer ist als die freie Wirtschaft.

Richtet man den Blick auf die befragten Familien, die eine*n lsbti*-Angehörigen haben, so ist der Umgang mit dem Coming-Out bei einer deutlichen Mehrheit positiv. Über 90 % der Familien sagen heute, dass das Outing der richtige Schritt für ihr lsbti*-Familienmitglied war und dass es ihnen als Familie nicht peinlich sei (72 %). Interessant ist, dass rund die Hälfte der engen Verwandten angibt, das Coming-Out ihres Familienmitglieds habe großen Einfluss auf ihr eigenes bzw. das Leben der Familie gehabt. Dieser Einfluss wird in der Regel positiv wahrgenommen. So sagt lediglich eine absolute Minderheit von 2 %, dass sich ihr Leben dadurch zum Negativen verändert habe.

Die landesweite Befragung zeigt zudem erstmals die Vielfalt der Regenbogenfamilienmodelle, also Familien, die von LSBTI* selbst gegründet werden. Unter den befragten LSBTI* sagt eine deutliche

Mehrheit, dass sie entweder ein oder mehrere Kinder haben (zusammengenommen 20 % der Befragten), ob aus heterosexuellen Vorbeziehungen, durch Samenspende oder Adoption, oder sich Kinder wünschen (39 %). Dass der Anteil letzterer höher ist, überrascht bei der jungen Stichprobe wenig.

Wie reagiert die sogenannte Mehrheitsgesellschaft auf diese Vielfalt? Die dritte Zielgruppe der Befragung, die Allgemeinbevölkerung, zeigt große Akzeptanz – drei Viertel von ihnen antworten auf alle abgefragten Einstellungsfragen positiv. Überraschend hoch fällt die persönliche Bereitschaft, sich zu involvieren, aus: Ein großes Interesse besteht an Berichten über Benachteiligungen von LSBTI*. Zwei Drittel der Befragten aus der Allgemeinbevölkerung wären hieran interessiert. Sie zeigen auch ein sehr hohes Interesse an Informationen darüber, wie man sich persönlich für eine offene Gesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen könne (63 % Zustimmung, 14 % teil teils). Damit einhergehend zeigt eine Mehrheit den Wunsch, dass ein Aktionsplan der Landesregierung auch Wege der Mitwirkungen für die Bürger*innen aufzeigen solle.

Ein solcher Aktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern wurde 2014 beschlossen. Die Antworten der Befragung hierzu zeigen eine vergleichsweise als hoch einzustufende Bekanntheit des Landesaktionsplans (38 % aller Befragtengruppen sagen, sie kennen diesen, darunter 7 % „sehr gut“), und hohe Zustimmung zu seinen Zielen: Keines der abgefragten Ziele wird von weniger als 80 % aller Befragten befürwortet. So scheint es auch stimmig, dass 92 % der Befragten meinen, Antidiskriminierungsarbeit gegen Homo-, Bi- und Transphobie solle eine politische Querschnittsaufgabe der gesamten Landesregierung und in ihrer Arbeit ein selbstverständlicher Bestandteil sein. Insbesondere solle der Aktionsplan sicherstellen, so 97 % aller Befragten, dass LSBTI* ohne Angst vor Übergriffen in Mecklenburg-Vorpommern leben können

und dass in den Schulen des Landes altersgerecht über Vielfalt aufgeklärt werden solle (90 % Zustimmung).

Kritische Ergebnisse, die Verbesserungsbedarf aufzeigen

Die Aufklärung in Schulen ist also ein Thema, das aus Sicht der Befragten verbessert werden müsste. Die Ergebnisse zeigen, dass sich gerade im Biologie-Unterricht nur die wenigsten (10 % aller befragten LSBTI*) an eine häufigere Thematisierung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erinnern. Unter den jüngsten Befragten, den 16 bis 20 Jährigen, sagen sogar 95 %, dass das Thema so gut wie nie im Biologie-Unterricht vorkam. Über den Unterricht hinaus lässt sich in den Angaben der befragten LSBTI* auch ein geringes Vertrauensklima feststellen, sich bei sexueller oder geschlechtlicher Diskriminierung in der Schule oder Hochschule (von 39 % erlebt; unter Trans* und Inter* sogar von 56 %) an Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiter*innen zu wenden. Hier sind sowohl Sensibilisierungsmaßnahmen in den Klassen beispielsweise über Projektwochen, als auch eine Grundqualifizierung der Lehrkräfte zu diesem Thema angebracht.

Neben dem Bildungsbereich sind es vor allem stark frequentierte Bereiche wie der Freizeitbereich, der öffentliche Raum und öffentliche Verkehrsmittel, in denen von Diskriminierung berichtet wird. Unter allen befragten LSBTI* in Mecklenburg-Vorpommern gibt knapp mehr als jede*r Zweite (52 %) an, innerhalb der vergangenen fünf Jahre aufgrund der eigenen sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität negative Reaktionen wie z.B. Benachteiligungen, Ablehnungen oder Ausgrenzungen erfahren zu haben. 48 % verneinen dies. Vergleicht man diese Diskriminierungsrate mit der Rate anderer Bundesländer, lässt sich bilanzieren, dass Mecklenburg-Vorpommern (52 %) auf absolut vergleichbarem Level mit den in Baden-Württemberg 2014 (54 %), in Schleswig-Holstein 2019 (51 %) und in Brandenburg 2017 (48 %) ermittelten Ergebnissen liegt. In diesen Befragungen wurde der gleiche Wortlaut bei vergleichbaren

Stichproben genutzt, so dass eine für sozialwissenschaftliche Studie selten hohe Vergleichbarkeit der Ergebnisse vorliegt.

Dennoch zeigt diese Quote von 52 % hohen Handlungsbedarf. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Diskriminierung zu werden, ist außerdem für jüngere LSBTI*-Befragte im Ergebnis etwas höher als für ältere. Dabei ist das Jugendalter eine biographisch prägende Zeit, so dass LSBTI*-Jugendliche mit Diskriminierungserfahrungen gezielter Hilfsangebote bedürfen. Dass sie Anlauf- oder Beratungsstellen haben, an die sie sich bei Schwierigkeiten oder Sorgen wenden könnten, bejahen allerdings nur 32 % aller befragten LSBTI*.

Bedarfsgerechte Beratung ist speziell im Gesundheitswesen für jeden Menschen wichtig und – so positiv das Klima in den Arztpraxen und Kliniken wahrgenommen wird – so deutlich berichten die befragten LSBTI* (64 %) von mangelnder Beratung bei speziellen gesundheitlichen Anfragen. Dies betrifft lesbische Befragte, von denen drei Viertel eine solche Beratung vermissen, überproportional.

Auf Basis der Diskriminierungsquote lässt sich auch erklären, warum sich weniger als die Hälfte der befragten LSBTI* in Mecklenburg-Vorpommern sicher fühlt. Dabei ist das Unsicherheitsgefühl unter LSBTI* in Großstädten etwas deutlicher ausgeprägt (nur 48 % fühlen sich sicher) als in Dörfern (58 % fühlen sich sicher). Verständlich wird das mangelnde Sicherheitsgefühl auch, nimmt man die Frage nach erlebten Straftaten hinzu: Jede*r Sechste berichtet davon, in den vergangenen fünf Jahren Opfer einer Straftat geworden zu sein. Die Bekämpfung dieser Straftaten wird dadurch erschwert, dass nur ein Bruchteil bei der Polizei gemeldet wird. Die berichtete Anzeigequote liegt mit 25 % am unteren Ende des Bundeslandvergleichs, auf gleichem Niveau wie die ebenfalls in 2019 ermittelte Quote im Nachbarland Schleswig-Holstein. Gegebenenfalls besteht hier in Teilen ein Zusammenhang mit mehrheitlich geäußerten negativen Befürchtungen, wie die Polizei reagieren würde.

Einen besonderen Handlungsbedarf zeigen die Befragungsergebnisse für die Gruppe der Trans* und Inter*. Durch alle Antwortbereiche hindurch zeigen sich niedrigere Zufriedenheit und niedrigere gefühlte Sicherheit, häufigere Diskriminierungserlebnisse in den verschiedenen Lebensbereichen sowie höhere berichtete Opferrate bei Straftaten. Hier gilt es zukünftig, den Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern in vielen Qualifizierungsmaßnahmen, in Schulen, bei Arbeitgebern sowie im Gesundheitswesen zu verbessern und Trans* und Inter* im Land vor Übergriffen zu schützen.

In der Summe sagt eine deutliche Mehrheit (61 %) aller Befragten, die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern tue aus ihrer Sicht zu wenig für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Unter den befragten LSBTI* sagen dies sogar 72 %, unter Trans* und Inter* sind es 82 %. Aber auch unter den befragten der Allgemeinbevölkerung ist dies mit 52 % mehrheitsfähig. Nur 10 % von ihnen sagen, die Landesregierung tue zu viel in dieser Sache. Der Handlungsauftrag für die Fortschreibung und breitere Umsetzung eines Landesaktionsplans ist damit gegeben, wenn auch – wie die Ergebnisse zeigen, zukünftig sowohl verstärkt als Querschnittsaufgabe der gesamten Landesregierung, als auch unter Einbeziehung des zivilen Engagements aller interessierten Bürger*innen im Land.

Uneindeutige Ergebnisse, die weitere Untersuchung anregen

Weiter untersucht werden sollte aufgrund der geringen Fallzahlen der Bereich der Polizei. Die wenigen befragten LSBTI*, die eine Anzeige bei der Polizei aufgegeben haben, haben nach eigenen Angaben mehrheitlich keine guten Erfahrungen mit ihrer Fallbearbeitung gemacht. Hier könnte eine gesonderte Befragung von Polizist*innen in Aus- und Fortbildung tiefere Erkenntnisse über Wissensstand und Einstellungen gegenüber Homo-, Bi- und Transphobie bringen.



Ebenfalls dünn bleibt die Datenlage im Bereich älterer und pflegebedürftiger LSBTI*. Die Ergebnisse der wenigen Befragten mit Erfahrungen in Pflegeeinrichtungen deuten auf ein mehrheitlich akzeptierendes Klima hin. Wie dies zu dem Wunsch vieler (mehrheitlich junger) Befragter (53 %) steht, im Alter in gemischten Regenbogen-Wohnprojekten zu leben und wie dieser Bedarf zeitlich, geografisch und konzeptionell ausgestaltet werden kann, wird in den kommenden Jahren zu klären sein.

Die Frage, wie häufig Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Schulunterricht tatsächlich vermittelt werden – ein Thema, bei dem aus Sicht der Befragten hoher Zielkonsens und gesellschaftlicher Nutzen besteht –, kann durch die vorliegende Studie nicht zufriedenstellend beantwortet werden.

Mittelfristig können hier nur eine Untersuchung der Lehrpläne, Erhebungen bei Lehrkräften und/oder Schüler*innen valide Auskunft bringen.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass einige Themen aufgrund der begrenzt zumutbaren Fragebogenlänge nicht beleuchtet werden konnten. So ist der Bereich Migration und LSBTI*-Geflüchtete an dieser Stelle nicht untersucht worden. Welche Herausforderungen weitere potentielle Mehrfachdiskriminierungen, bspw. aufgrund der Religion, des sozialen oder Bildungsstatus, oder einer Beeinträchtigung zusammen mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bringen, kann allenfalls in qualitativen Untersuchungen ermittelt werden. Dennoch sollte ein Aktionsplan, wie auch Maßnahmen aus der Zivilgesellschaft heraus, Sensibilität für diese Problemlagen mitbringen.

Literaturverzeichnis

Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e.V. (2016): Ich hab mich ja normal gefühlt, ich war ja verliebt, aber für die ist man anders“. Homo- und Trans*feindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2018): Queeres Brandenburg. Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von LSBTIQ* in Brandenburg. URL: https://masgf.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Studienbericht_Queeres%20BB_final.pdf

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2013): Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen in Rheinland-Pfalz. Auswertungsbericht zur Online-Befragung von Juni bis Oktober 2013. URL: mi-fkjf.rlp.de/fileadmin/mifkjf/Familie/Gleichgeschlechtliche_Lebensweisen/RLP_unterm_Regenbogen/Langfassung.pdf

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (2014): Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTIQ-Menschen in Baden-Württemberg. URL: https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Offenheit_und_Akzeptanz/Onlinebefragung_Aktionsplan_Akzeptanz_2014.pdf

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein (2019): Studie „Echte Vielfalt“. Ergebnisse der Online-Befragung zur Lebenssituation von LSBTIQ* und ihrer Angehörigen in Schleswig-Holstein. URL: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/V/vielfalt/Downloads/Studie_LSBTIQ.pdf?__blob=publicationFile&v=1